

Rezensionen

Aris, Nancy/Heitmann, Clemens (Hrsg.): Via Knast in den Westen. Das Kaßberg-Gefängnis und seine Geschichte. Leipzig: Evangelische Verlagsanstalt 2013, 304 Seiten, 9,90 €.

Der Justizkomplex auf dem Kaßberg in Chemnitz war der zentrale Ort für die als Häftlingsfreikäufe bezeichneten Aktionen. Hier befand sich neben dem größten Untersuchungsgefängnis des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR auch der „Busbahnhof“ für die Fahrten in die Freiheit. Trotz dieser einzigartigen Doppelfunktion innerhalb der ostdeutschen Zuchthauslandschaft ist der Kaßberg in den ersten zwanzig Jahren nach der deutschen Einheit von der Aufarbeitung ignoriert worden. Das neue, als Band 12 der Schriftenreihe des Sächsischen Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR erschienene Sammelwerk informiert nun darüber und soll die Wissenschaft zu weiteren Forschungen anregen. Einige der achtzehn aus Politik, Publizistik und Aufarbeitung kommenden Autoren waren einst selbst „Gäste“ auf dem Kaßberg gewesen und dort in den Bus Richtung Hessen gestiegen. Sie haben ein interessantes und lesenswertes, aber auch motivierendes Buch geschrieben.

Der Gefängniskomplex in Karl-Marx-Stadt war nicht nur ein Ort für die staatliche Geiselnahme politisch unliebsamer Personen oder von Fluchtwilligen, sondern auch für deren Abschiebung. Dieses Geschäft wird oft als Freikauf politischer Gefangener bezeichnet, es war aber mehr ein Freitausch, denn die DDR erhielt, abgesehen von der ersten Aktion, kein Bargeld für die Menschen, sondern Gutschriften für den Erwerb von Waren. Seit Ende der 1960er Jahre war das Kaßberg-Gefängnis die letzte Station der dazu ausgewählten Häftlinge in der DDR, wohl wegen seiner Kapazitäten und der Nähe zur innerdeutschen Grenze. Etwa

30 000 Menschen begannen hier ihre Fahrt in den Westen in Omnibussen der Firma Reichert aus Kilianstädten bei Hannau. Seit 1976 wurden die Busse direkt auf dem Kaßberg beladen. Weil in der DDR alles seine Ordnung hatte, gab es auch für die Menschenverladung als „Durchführung von Sondermaßnahmen“ eine entsprechende Ordnung. Der Dienstbetrieb der Stasi sollte nämlich dadurch nicht beeinträchtigt werden und die Konspiration strikt gewahrt bleiben. Deshalb mußten die „Sondermaßnahmen“ über den „Hintereingang“ der Untersuchungshaftanstalt erfolgen, wo die Omnibusse aus Westdeutschland abgestellt worden waren. Dort erfolgte die „Beladung“. Geradezu symbolhaft für die moralische Qualität der DDR ist der Sachverhalt, daß zehntausende ihrer Bürger, von denen viele nur ihre verfassungsmäßig garantierten Rechte wahrgenommen hatten, über den Hintereingang eines Gefängnisses wie Abfall der Gesellschaft verladen und weggefahren wurden.

Der Verkauf von Landeskindern durch die eigene Regierung an fremde Mächte ist in der deutschen Historie nichts Besonderes; solche Fälle sind aus dem Mittelalter und dem Absolutismus allgemein bekannt. Bei Geiselnahmen ist auch die Zahlung von Lösegeld für Gefangene üblich. Bezüglich Dimension und Dauer ist der Verkauf oder Freitausch von etwa 30 000 Menschen mehr als ein Vierteljahrhundert lang aber einzigartig in der neueren Geschichte. Dennoch nahm die Öffentlichkeit den Ort dieses Geschehens erst zwanzig Jahre nach der Einheit bewußt wahr.

Der Gefängnisbetrieb auf dem Kaßberg lief bis 2010. Danach sollte das Areal über den Staatsbetrieb Sächsisches Immobilien- und Baumanagement verkauft werden. Dagegen setzte sich ein im Herbst 2011 gegründeter Verein für den Erhalt des Komplexes und Nutzung als Lern- und Gedenkort ein. Die Fraktionen der CDU, der FDP und von Bündnis

90/Die Grünen stellten im Sächsischen Landtag einen Antrag auf Ansuchen an die Staatsregierung, beim Verkauf der Immobilie auf dem Kaßberg „die Errichtung eines angemessenen und offenen Gedenkortes zur Bewahrung und Präsentation der Historie dieser größten Abschiebehaftanstalt der DDR sicherzustellen“. Der Antrag wurde am 24. November 2011 mit großer Mehrheit angenommen. Im Mai 2012 nahmen auf Einladung des Vereins fast 3 000 Besucher in einer langen Museumsnacht an Führungen durch den Komplex teil. Das große Interesse der Bevölkerung am Kaßberg und seiner Geschichte ist bei der Planung einer Gedenkstätte dort sehr wichtig. Damit argumentieren auch einige Autoren des Buches.

Jan Philipp Wölbern, dessen Dissertationsthema der Häftlingsfreikauf ist, weist auf die dreifache Bedeutung des Komplexes hin: Er steht als größtes Untersuchungsgefängnis der Staatssicherheit exemplarisch für die Verfolgung und Entrechtung Andersdenkender in der DDR, war im Rahmen des Häftlingsfreikaufs das „Tor zur Freiheit“, und ist somit ein geeigneter Gedenkort für die Geschichte der Teilung in gesamtdeutscher Perspektive. Nancy Aris, die stellvertretende Sächsische Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, schreibt: „Der Kaßberg war die Drehscheibe des historisch wohl einmaligen massenhaften Verkaufs politischer Häftlinge. Diese leben heute in der ganzen Welt verstreut.“ Dadurch habe der Kaßberg „nicht nur eine gesamtdeutsche Bedeutung, sondern darüber hinaus eine internationale Dimension“. Diese Merkmale sollten bei der Gestaltung eines künftigen Gedenkortes im Mittelpunkt stehen. Siegfried Reiprich, der Geschäftsführer der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, plädiert für den Erhalt des Komplexes und seine Nutzung als Gedenkort nicht nur wegen dessen Funktion als Untersuchungsgefängnis der Staatssicherheit und zentraler Abschiebeknast, sondern auch wegen des beach-

tens- und lobenswerten Beispiels für Bürgerengagement. Das Kaßberg-Gefängnis ist anders als etwa Bautzen II zwar nicht mehr ganz original erhalten, aber dennoch ein authentischer Ort für die Verbrechen der Freiheitsberaubung und die Entlassung von Menschen gegen Geld. „Aus ganz Deutschland könnten ehemalige Freigekaufte nach Chemnitz kommen, um das Kaßberg-Gefängnis zu zeigen, Schulklassen und interessierte Erwachsene zu führen und gelebte Geschichte zu vermitteln. [...] Der überwältigende Ansturm der Bevölkerung zur langen Museumsnacht in Chemnitz im Mai 2012 zeigt, daß 23 Jahre nach der Friedlichen Revolution eine junge, neugierige Generation herangewachsen ist, die offen ist, Fragen stellt und zunehmend Menschen, die Widerstand gegen die Diktatur geleistet und im Kampf für Bürgerrechte Opfer gebracht haben, als Vorbilder und positive Integrationsfiguren der Berliner Republik ansieht.“

Die große Bedeutung der Gedenkstätten in Berlin-Hohenschönhausen und Bautzen II beweist die Relevanz solcher Konzepte am authentischen Ort. Das Kaßberg-Gefängnis in Chemnitz wäre ein weiterer Erinnerungsort, an dem das geschehene Unrecht dort thematisiert werden kann, wo es die Betroffenen erlitten haben. Natürlich gilt das auch für die Zuchthäuser in Cottbus und Stollberg-Hoheneck. Lutz Rathenow, der Sächsische Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, schreibt im Vorwort: „Kein Ort kann alles zeigen, mehrere Gedenkstätten bilden ein Netzwerk des Erinnerns, das sich da formt, miteinander kommuniziert und im Zusammenspiel wirkt.“ Der Kaßberg-Komplex steht für mehrere Aspekte der deutschen Teilung und ist eigentlich unverzichtbar bei der Darstellung einer besonders seltsamen Form staatlichen Menschenhandels. Das vorliegende Buch liefert für die Einrichtung einer Gedenkstätte sehr überzeugende Argumente.

Enrico Seewald

Schmidt, Wilhelm K. H. (Hrsg.): Abseits im Strafraum. Lageralltag in Todesnähe. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag 2013, 156 Seiten, 23,- €.

Dieses Buch enthält die Erinnerungen von drei ehemaligen Workuta-Häftlingen, die 1950/51 verhaftet und wegen angeblicher Spionage vom Sowjetischen Militärtribunal zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt wurden. 1955 sind alle drei aus der sowjetischen Strafgefangenschaft in die Bundesrepublik entlassen worden. Zwei dieser Erinnerungen sind eine überarbeitete Fassung einer früheren Arbeit, eine ein Interview des Herausgebers. Karl Keller (Jahrgang 1930) wurde nach seiner Verurteilung im Frühjahr 1952 in den Lagerkomplex Workuta, 160 Kilometer nördlich des Polarkreises, deportiert. Dort waren seine ersten Monate im Kohleschacht unter Tage „ein Horror. Schon allein das Einfahren in den Schacht versetzte mich in Angst und Schrecken“ (S. 29). Die Zaren wollten „diese extremen Arbeitsbedingungen im hohen Norden nicht einmal ihren nach Sibirien Verbannten zumuten“ (S. 28). Unter Stalin wurde das den Häftlingen seit 1931 „zugemutet“. Nach Stalins Tod wurde im Sommer 1953 das strenge Lagerregime gelockert. Die Häftlinge durften Pakete aus der Heimat empfangen. Da Kellers Mutter nach der Enteignung der elterlichen Firma nach Reutlingen geflüchtet war, erhielt er „Westpakete“. Zugute kam ihm auch, daß er seit Jahren ein guter Fußballspieler war und eine Fußballmannschaft aus Häftlingen bilden konnte. Er trainierte auch eine Mannschaft aus dem Wachpersonal, in der er selbst und ein zweiter Deutscher mitspielten. Eine weitere Vergünstigung: Als gelernter Mechaniker konnte Keller in der Werkstatt, die für den technischen Betrieb der Kohlengruben zuständig war, bei

Schmiedearbeiten seine Muskeln stärken. Die Norm, täglich 220 Sechskantmuttern mit 10-Millimeter-Gewinde und 19er-Schlüsselgröße oder 220 Stück 10-Millimeter-Bolzen, schaffte er bald. An der Vorbereitung und Organisation des Streiks der Grubenarbeiter im Sommer 1953 waren Deutsche nicht beteiligt, sie waren bestenfalls Mitläufer, kein einziger Deutscher saß im Streikkomitee. Keller hat jedoch gesehen, wie zwei Leute von einem Wachposten erschossen wurden, dem offenbar die Nerven durchgegangen sind.

Als Roland Bude (Jahrgang 1926) am 31. Oktober 1950 zu zweimal 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt wurde, hielt er es nicht für möglich, daß die Westmächte noch 1950 Deportationen in die Sowjetunion hinnehmen würden. Im Februar 1951 traf sein Transport im Lager Workuta ein, wo bei glühender Sonne und -58 Grad bis -36° Grad Celsius gearbeitet wurde. Damals starb niemand mehr an Unterernährung, da die Sowjets jetzt an der Erhaltung der Produktivkraft „Mensch“ interessiert waren. Zu den schwersten Arbeiten über Tage gehörten Erdaushub, Beton mischen von Hand, losen Zement verladen, Kohlenwaggons entladen und Schnee räumen mit dem Spaten. Die Norm konnte von Deutschen nicht geschafft werden. Nach mehreren „Verschiebungen“, Änderungen in der Zusammensetzung der Arbeitsbrigaden, landete Bude bei einem Brigadier, einem ehemaligen Offizier der Roten Armee, der an Vornehmheit in Habitus und Umgang mit den ihm anvertrauten Zwangsarbeitern von keinem übertroffen wurde. Durch geschickte Organisation der Arbeitsabläufe schaffte er es, daß die meisten mit 111 Prozent Normerfüllung die besten Essensrationen erhielten. Wegen seiner Russischkenntnisse in Wort und Schrift wurde Bude 1954 Brigadier der Transportbrigade im Schacht 40, in der er seit 1952 arbeitete. Er arbeitete wie alle Brigadeangehörigen weiter und übernahm als „Springer“ die unangenehmsten

Arbeiten. Das wurde von seinen Kumpeleln anerkannt, sie arbeiteten gut und übererfüllten die Normen. Einige deutsche Haftkameraden sagten ihm, daß sie sich doch nicht am Schmieden jener Ketten beteiligen würden, mit denen sie gefesselt wurden (S. 93). Dieses Argument ließ Bude nicht gelten. Er wollte Workuta heil überstehen, Frau und Kind wiedersehen und sein Slawistikstudium erfolgreich abschließen. Budes Arbeitsbrigade bestand aus 28 Mann aus bis zu vierzehn verschiedenen Nationalitäten. Den Deutschen gegenüber waren Ukrainer, Balten und russische Juden am freundlichsten.

In Suchobeswodnojo, einem „Zwischenlager“ zwei Drittel der Strecke nach Moskau (ab Februar 1955), hörten die Häftlinge an einem Septemberabend die Lautsprecherdurchsage der Wachen (in deutscher Übersetzung): „Habt ihr es gehört? Adenauer kommt nach Moskau. Er kommt auch euretwegen, euch zu holen.“ Nach Abschluß der Moskauer Verhandlungen des Bundeskanzlers wurde den Häftlingen offiziell mitgeteilt, sie seien „freie Menschen“ und sollten sich bis zum Heimtransport als Gäste der Sowjetunion betrachten und sich frei bewegen. In der Siedlung, die sie in Begleitung eines unbewaffneten Rotarmisten besuchten, sahen sie das „lichtvolle Leben“ der Sowjetbürger: Frauen, die nach Weißbrot anstanden und sich um die letzten Brote in die Haare gerieten. Budes Transport ging am 8. Oktober ab, in sauberen Güterwagen auf Pritschen mit einer Unterlage. Der Empfang im Aufnahmelager Friedland war „überwältigend“.

Zum 40. Jahrestag des blutig niedergeschlagenen Streiks am 1. August 1953 reiste eine Gruppe „Ehemaliger“ 1993 nach Workuta. Begleitet wurde sie unter anderen von einem Fernsehteam des ZDF, das diese Reise professionell dokumentierte. Heini Fritsche (Jahrgang 1929) und Roland Bude gehörten der „Rußland-Delegation“ an. In der Lubjanka, der gefürchteten Zentrale des NKWD und seiner Nachfolgeorganisa-

tionen, wurden sie von Generalleutnant Bondarenko empfangen, der für die „schlimmen Taten des NKWD“ um Entschuldigung bat. Jeder der Mitreisenden, der Akteneinsicht beantragt hatte, erhielt eine rote Mappe mit Fotokopien der Urteile, Aktenblätter des Haftbefehls und erkennungsdienstliche Aufnahmen. Workuta haben die ehemaligen Häftlinge wegen der vielen Neubauten nicht wiedererkannt. Am 1. August fand an einem großen Grabhügel eine Gedenkveranstaltung statt, an der Vertreter Deutschlands, Litauens, Lettlands, der Rußlanddeutschen und der Ukraine bewegende Ansprachen hielten. Fritsches Reisebericht ist nicht veröffentlicht. In ihn eingeschoben sind seine Erinnerungen an seine Erlebnisse von der Ankunft in Workuta bis zur Repatriierung in die Bundesrepublik. Am dramatischsten sind die Szenen, die sich am 1. August 1953 ereigneten. Nach dem Scheitern der Verhandlungen einer Kommission des Innenministers (MWD) mit den streikenden Häftlingen weigerten sich diese, das Lager zu verlassen. Daraufhin eröffneten mit Maschinengewehren bewaffnete MWD-Soldaten das Feuer. Fritsche wurde durch einen Halsdurchschuß lebensgefährlich verwundet. In der Lagerkrankenstation lag er unter Toten und Schwerverwundeten. Ein Lagerarzt, der zugleich ein Mithäftling war, bemerkte, daß er noch lebte. Nach drei Operationen wurde er so weit geheilt, daß er nach seiner Rückkehr nach Deutschland Beamter der Kriminalpolizei werden konnte und 1989 als Erster Kriminalhauptkommissar pensioniert wurde. Trotz der Leiden der Workutahäftlinge zeichnen die Autoren die Zustände nicht grau in grau, sie lassen gelegentlich Leuchttürme der Menschlichkeit aufblitzen. Auf dem hinteren Buchdeckel dieses Buches schreibt Ilko-Sascha Kowalczyk: „Es ist zu wünschen und zu hoffen, daß dieses Buch im Schulunterricht ebenso Verwendung finden wird wie in der politischen Bildung.“ Dem ist voll zuzustimmen.

Otto Wenzel

Hörnigk, Therese (Hrsg.): „Ich habe mich immer eingemischt“. Erinnerungen an Stefan Heym. Berlin: Verlag für Berlin-Brandenburg 2013, 174 Seiten, 18,95 €.

Im Jahre 1983, lange vor dem Fall der Mauer, hatte der DDR-Schriftsteller Stefan Heym seinen eigenen „Nachruf“ vorgelegt – in Form eines biographischen Romans. Damals durfte dieses Buch, wie so viele andere Bücher von Heym, nur in der Bundesrepublik erscheinen. Bei seinen Westveröffentlichungen hatte sich der Autor ausdrücklich die Rechte für die sozialistischen Länder vorbehalten, Heym war skeptischer, aber unerschütterlicher Optimist. Er hoffte auf grundlegende politische Änderungen in der DDR. Als diese dann tatsächlich zum Ende der 1980er Jahre eintraten, entwickelten sich die Dinge anders, als er es sich gewünscht hatte. Unbeirrt mischte Heym sich auch während der Wende- und Nachwendezeit in gesellschaftliche Auseinandersetzungen ein. Das Titelzitat des vorliegenden Bändchens ist somit trefflich gewählt. Zum 100. Geburtstag legen 52 Schriftsteller, Künstler und Politiker, darunter Egon Bahr, Wolfgang Emmerich, Armin Mueller-Stahl und Fritz Pleitgen, ihre Erinnerungen an Stefan Heym vor.

Das Erfolgsrezept für Heyms Romane und Erzählungen liegt wohl auch seinen Essays und publizistischen Einwüfen zugrunde: „Ich wenigstens betrachte es als meine erste und wichtigste Aufgabe zu erzählen, das Leben zu beobachten, mir eine Story auszudenken, sie zu erzählen und zu versuchen, die Menschen durch Unterhaltung – eine Story muß den Leser natürlich interessieren – zum Selberdenken anzuregen“. Nutzen und Vergnügen, zum Wohle des Lesers unaufdringlich verteilt – bestes Programm der deutschen Aufklärung. Die Einmischung in gesellschaftliche Vorgänge überrascht bei einem Schriftsteller wie Stefan Heym nicht. Bereits als Jugendlicher hatte er die Nazis mit einem Antikriegsgedicht pro-

voziert. Er mußte fliehen und fand sich als junger Exilant über den Prager Umweg in den USA wieder, wo er als Schriftsteller seinen Lebensunterhalt verdiente. Als Sergeant der US-Armee konnte Heym seine Heimat wieder betreten, aber erst nach dem Ausbruch des Korea-Krieges kehrte er nach Deutschland zurück – in die DDR. „Wohin hätte ich denn sonst gehen sollen?“, hatte er einst herausfordernd einem Interviewpartner entgegnet. Heym war sich seiner beachtlichen Biographie bewußt. Nicht immer aber lagen die Dinge so einfach, wie er es manchmal glauben machen will. Gerade in den schwierigen Jahren der parteilichen Verurteilung in der DDR hatte Stefan Heym den Regimekritiker Robert Havemann am Telefon wissen lassen, daß er keinen Kontakt mehr wünsche. Daß die Stasi die Telefongespräche abhörte, war einkalkuliert. Havemanns Freund und Genosse Wolf Biermann kam daher nicht nur im Falle von Stefan Heym zu der Einschätzung von den „tapferfeigen“ Intellektuellen. Und dennoch: In der DDR hatte Heyms Wort Gewicht. Viele, die in der DDR bleiben wollten, beriefen sich auf ihn, der ebenfalls geblieben war. Und nicht wenige berichten von Heyms Solidarität, auf die sie sich verlassen konnten. Stefan Heym, niemals Mitglied einer Partei, war ein weltmännischer Solitär. Frauke Meyer-Gosau schildert in ihrem Beitrag Heyms Professionalität im Umgang mit der Presse, und Christine Rammelt-Hadelich berichtet von seiner souveränen Unerschütterlichkeit. Heinrich Heine war bereits für den jungen Heym die literarische Identifikationsfigur. Von ihm hatte er eine lebenslange Keckheit übernommen, der auch Eitelkeit nicht fremd ist. Weil er Alterspräsident des Deutschen Bundestages werden wollte, ließ Heim sich von der PDS, der Nachfolgepartei der SED, vereinnahmen. Daß sich die Konservativen bei seiner Eröffnungsrede 1994 nicht von ihren Plätzen erhoben hatten, bleibt ein peinlicher Vorgang. In ähnlicher Weise inakzeptabel bleibt allerdings auch Heyms

verbitterter Befund: „Und da diese Herrschaften den Nazis zumindest innerlich verwandt sind, war völlig klar, daß sie mir nicht wohlwollend begegnen würden. Ich habe nichts anderes erwartet.“

Im vorliegenden Jubiläumsband ist die Empörung über diesen in der Tat unwürdigen Vorgang groß. Viel zu kurz kommen dagegen Stimmen und Stimmungslagen aus jenen schwierigen Jahren in der DDR, als Heym zusammen mit anderen Schriftstellern im Zentralorgan der SED *Neues Deutschland* vom Schriftstellerkollegen Dieter Noll als „kaputte Typen“ bezeichnet wurde, „die emsig mit dem Klassenfeind kooperieren, weil sie unfähig sind, auf konstruktive Weise Resonanz bei unseren arbeitenden Menschen zu finden.“ Schade, daß Wortmeldungen ehemaliger Weggefährten wie Wolf Biermann, Volker Braun, Günter Kunert, Erich Loest oder Rolf Schneider fehlen. Ob es daran gelegen hat, daß sie sich nicht mit peinlichen Beiträgen eines Gregor Gysi oder Autoren wie Lothar Bisky oder Daniela Dahn in einem Buch versammelt sehen mochten? Man kann darüber spekulieren!

Volker Strebel

Bastian, Alexander: Repression, Haft und Geschlecht. Die Untersuchungsanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit Magdeburg-Neustadt 1958–1989 (Studien zur Geschichte und Kultur Mitteldeutschlands, Bd. 1). Halle (Saale): Mitteldeutscher Verlag 2012, 447 Seiten, 49,- €.

Mit der Dissertation von Alexander Bastian startet eine neue Reihe „Studien zur Geschichte und Kultur Mitteldeutschlands“. Die Reihe, untergliedert in Unterreihen, „möchte ein bundesländerübergreifendes Publikum im jeweiligen historischen Wissenschaftsbereich ansprechen“ und „das Fremd- wie das Selbstbild der mitteldeutschen Bundesländer [...] schärfen“ (S. 9). Bastian sieht seine Arbeit weniger als eine zeitgeschichtlich-

soziologische Studie, vielmehr steht für ihn „die Analyse sowohl systemischer als auch praktischer Mechanismen von Machtausübung und Gewalt“ im Vordergrund. Dabei bezieht er sich insbesondere auf die Ansätze von Michel Foucault und Erving Goffman zum Komplex Strafanstalten, die durch eine „geschlechtsspezifische Analyse ergänzt“ werden (S. 14 f.). Ebenfalls 2012 ist die Dissertation der Berliner Politologin Katrin Passens „MfS-Untersuchungshaft. Funktionen und Entwicklung von 1971 bis 1989“ erschienen. Möglicherweise hätten beide Doktoranden durch frühzeitig aufgenommene Arbeitskontakte die Ausdifferenzierung ihrer Arbeiten noch steigern können.

Bastian hat umfangreiches Archivmaterial des zentralen MfS-Archivs (BStU), der Magdeburger Unterlagen zur MfS-Untersuchungshaftanstalt Magdeburg-Neustadt (im folgenden UHA MD) sowie des Landeshauptarchivs Sachsen-Anhalt herangezogen sowie fünf Interviews mit Zeitzeugen verwenden können. 1 379 Anmerkungen erschweren die Lektüre, auch wenn sie für die Forschungsarbeit durchaus sehr wichtige Ausführungen enthalten. Die vierzehn Fotos der UHA MD sind hingegen eine in jeder Hinsicht sinnvolle Ergänzung der Arbeit. Die Interpretation der vom Verfasser analysierten 65 Kaderakten von Mitarbeitern der MfS-Linien IX und XIV sowie die Auswertung der Zeitzeugeninterviews dürften den meisten Lesern neue Einblicke in geschlechtsspezifische Aspekte des Selbstverständnisses der MfS-Führung ermöglichen. Nota bene: Die in einem Interview beschriebene gute, persönliche Beziehung einer Strafgefangenen zum Direktor der UHA MD (S. 376) könnte dazu verleiten, zentrale Schlußfolgerungen (die männerbündnerische, frauenfeindliche Einstellung des MfS-Personals sowie dessen Feindbild von den Häftlingen) Bastians in Zweifel zu ziehen.

Bastian sieht keinen Widerspruch zwischen der Kennzeichnung der DDR als

Unrechtsstaat und seiner Auffassung, daß es nach dem Mauerbau 1961 eine „Normalisierung der gesellschaftlichen Situation in Form umfangreicher rechtlicher Regelungen“, sogar insgesamt „eine Formalisierung und Normalisierung von Macht- und Herrschaftsverhältnissen“ (S. 117) gegeben habe. Die im Zeitverlauf zunehmenden Alleingänge des Generalsekretärs, oft in engster Abstimmung mit MfS-Chef Erich Mielke, stehen allerdings in klarem Widerspruch zu dieser Sichtweise. Die „Normalisierung der politischen Verfolgung“ ist für Bastian der Haupttrend der Entwicklung von den 1950er bis zu den 1980er Jahren – einschränkend fügt er hinzu, daß dies „keine Relativierung der politischen Unterdrückung“ bedeute (S. 123, Anm. 423 und S. 128). Der Feststellung Bastians, das MfS habe die Verschärfung des politischen Strafrechts in den siebziger Jahren veranlaßt (S. 93), kann sich der Rezensent nicht anschließen: Die SED-Führung und leitende Justizorgane waren in gleicher Weise für die damaligen Novellierungen des Strafrechts verantwortlich. Es erscheint fragwürdig, die erfolgten Änderungen des Strafrechts, die partielle Zivilisierung der Haftpraxis und „weichere (bzw. subtilere) Formen“ der Behandlung politischer Gegner unter den Oberbegriff „Normalisierung“ zu subsumieren. Insbesondere die im Zeitverlauf zunehmend häufiger angewandten Methoden der „Zersetzung“ und der Ausbau des IM-Systems (auch in den Haftanstalten) hatten auf die betroffenen Menschen äußerst verhängnisvolle, oft lebenslang nachwirkende Auswirkungen.

Zwei Feststellungen muß der Rezensent widersprechen: Wenn Bastian formuliert „Das wichtigste Element des Herrschafts-systems [war] [...] die enge Verbindung zwischen politischer Strafjustiz und der Staatssicherheit [...]“ (S. 87), so ist dies mißverständlich. Die Sicherung ihrer Herrschaft erreichte die SED durch das durchgängige Nomenklatur-System und die Anwesenheit sowjetischer Truppen.

Auch die Aussage – „[...] während der Honecker-Ära hatte das MfS unmittelbaren Zugriff auf Entscheidungen des Politbüros in Rechtsfragen [...]“ (S. 90, Anm. 281) – muß korrigiert werden: Bastian selbst spricht an anderer Stelle – zutreffend – von einer Beteiligung des MfS am Zustandekommen entsprechender Entscheidungen bzw. einer Mitgestaltung des politischen Strafrechts (S. 91). Es trifft nicht zu, daß „hohe Justizpersonen im Politbüro der SED“ vertreten waren (S. 87) – Bastian hat offenbar das Politbüro mit dem Zentralkomitee der SED verwechselt.

Wiederholt wird der Leser mit Bastians Auffassung konfrontiert, daß Frauen in zentralen Institutionen der DDR keine höheren Positionen einnehmen konnten. Dies sei laut Bastian im „männerbündisch geprägten MfS“ mit seinen „männerbündischen Strukturen“ besonders deutlich gewesen (S. 129, 226); immerhin erfährt der Leser, daß das Referat „Auswertung und Information“ in Magdeburg ganz überwiegend weiblich besetzt war (S. 223), daß sich eine Mitarbeiterin der Linie XIV „tschekistische Persönlichkeitseigenschaften“ angeeignet hatte und daß sie beim Ausscheiden aus dem Dienst mit der „Verdienstmedaille der NVA in Gold“ ausgezeichnet wurde (S. 269). Bastians Hinweise sind auf der einen Seite tendenziell richtig. Allerdings verwundert es auf der anderen Seite doch sehr, daß Hilde Benjamin mit ihrem erheblichen Einfluß auf die Justizpolitik der DDR an keiner Stelle des Buches erwähnt wird. Auch der maßgebliche und verhängnisvolle Einfluß von Margot Honecker auf die Schul- und Jugendpolitik der DDR und auf den politischen Kurs insgesamt kann als Gegenargument angeführt werden.

Bastian hat Hinweise auf eine deutlich unterschiedliche Ausgestaltung des Haftvollzugs in den fünfzehn Untersuchungshaftanstalten des MfS gefunden, was auch auf die Vielzahl gleichzeitig gültiger Dienstanweisungen, Verordnungen

und Befehle zurückzuführen sei – diese wichtige Information findet der Leser in einer Anmerkung (S. 120, Anm. 399; S. 123 f.). Diese Organisationsspezifität ist, angesichts der ansonsten ja überaus zentralistischen Steuerungsprinzipien aller DDR-Strukturen, recht überraschend; entsprechende vertiefte Studien wären wünschenswert. Die Feststellung, Verhaftete seien in die für sie zuständige bezirkliche UHA gebracht worden (S. 311), ist mißverständlich, da doch ein großer Teil der Verhafteten sofort oder bald nach der Verhaftung in die zentralen UHA des MfS in Berlin überstellt worden ist. Wenn auch zutrifft, daß das MfS-Personal in den UHA gegenüber den eigentlich mit der Aufsicht über die UHA beauftragten Staatsanwälten der dominierende Faktor war, so sind einige diesbezügliche Ausführungen Bastians, der sich dabei auf Johannes Beleites bezieht, zu einseitig. So sollte nicht pauschal behauptet werden, daß „weder Häftlinge noch Staatsanwälte [...] die geltende Norm“ kannten und daß „externe Kontrollen nur zum Schein vorgesehen“ waren (S. 117). Die mit der Inhaftierung von Verdächtigen befaßten und mit der Aufsicht über die Einhaltung bestimmter UHA-Regelungen beauftragten Staatsanwälte standen mit dem MfS-Personal auf einer funktionalen Ebene des DDR-Strafrechtssystems, sie kannten diese Regelungen und haben fallweise auch auf ihrer Einhaltung bestanden.

Auf einige weitere – teils wichtige, teils zu hinterfragende – Ergebnisse der Untersuchung zu Details des Vollzugs in den UHA ist aufmerksam zu machen:

- Die seit den 1970er Jahren zunehmenden und bis 1989 anhaltenden materiell-finanziellen Defizite der UHA MD hat die Leitung der UHA veranlaßt, einen deutlich höheren als allgemein üblichen Anteil verurteilter Strafgefangener aufzunehmen, um dringend erforderliche bauliche Maßnahmen durchführen zu können (S. 146, 149, 156).

- Die Dauer der Untersuchungshaft weiblicher Häftlinge ist oft länger als bei Männern gewesen (S. 360).
- Ausführungen zu Möglichkeiten der Häftlinge, Briefe zu schreiben und Besuche von Verwandten und Anwälten bzw. eines Vertreters der Ständigen Vertretung genehmigt zu bekommen (S. 13, 125, 382), vermitteln dem Leser keine klare Vorstellung der konkreten Praxis in der UHA MD bzw. in den UHA allgemein.
- Der „letztgültige Zweck“ der MfS-Vernehmer sei das Geständnis der Inhaftierten gewesen (S. 44). Dies war fraglos ein wichtiges Kriterium für die „Effizienz“ dieser Personen, doch darf keinesfalls übersehen werden, daß meist die durch Verhöre erzielte Informationsbeschaffung mindestens den gleichen, wenn nicht sogar einen höheren Stellenwert hatte.

Hinsichtlich des *Procedere* zur Vorbereitung einer Gerichtsverhandlung ist Bastian ein Fehler unterlaufen (den er selbst an anderer Stelle korrigiert): Während es an einer Stelle – unzutreffend – heißt, das MfS habe die Strafvorschläge an den zuständigen Richter übergeben (S. 19), erfährt der Leser an anderer Stelle, die Staatsanwälte hätten „kommentarlos die Abschlussberichte des MfS“ (mit den Strafvorschlägen) übernommen (S. 88). Daß Frauen mitunter höhere Haftstrafen erhalten haben, als zuvor beantragt worden war (S. 24) ist ein wichtiger Hinweis auf mitunter selbständige Entscheidungen von Gerichten.

Zwei Schlußfolgerungen Bastians hinsichtlich der Struktur politisch Verfolgter bzw. Gefangener in den 1980er Jahren sind sehr wichtig, müßten aber präzisiert und begründet werden: Das Alter politisch Verfolgter sei zwischen den 1950er- und 1980er Jahren signifikant angestiegen, so daß von einer „altersstrukturellen Verlagerung gesellschaftlicher Unzufriedenheit“ gesprochen werden müsse (S. 328 f.). Nach 1980 hätten Höherquali-

fizierte stärker als andere soziale Schichten unter politischer Verfolgung zu leiden gehabt (S. 326). Sollten diese Trends tatsächlich für die Magdeburger Verhältnisse zutreffen, so müßte der Verfasser dies deutlicher als regionale Besonderheit kennzeichnen – für die DDR insgesamt dürfte dies nicht zutreffen. Selbst Bastians Hinweise auf die 1969 eingeführte Kategorie „asoziales Verhalten“ und die in der Folgezeit erhebliche Zunahme dieses Personenkreises (S. 282) weisen auf andere Entwicklungstrends hin.

Bastian hebt abschließend zwei Ergebnisse als „weiterführende analytische Perspektiven zur politischen Verfolgung in der DDR“ hervor: Zum einen seien „Machtprozeduren und Mechanismen zur Konstruktion von politischen Feinden differenziert“ worden, zum anderen habe „die geschlechtsspezifische Analyse erstmals weiterführende Ergebnisse zur Tätigkeit von Männern und Frauen [...] sowie zu Behandlungsweisen von männlichen und weiblichen Untersuchungshäftlingen formuliert“ (S. 362). Die Perspektive Bastians hinsichtlich seines Forschungsgegenstandes verdeutlicht folgendes Zitat: „Insofern kann die MfS-UHA Magdeburg-Neustadt als patriarchalisch-institutioneller Rahmen hegemonialer Männlichkeit beschrieben werden, in dem Geschlechtervorstellungen, Rollenzuschreibungen und Beziehungsverhältnisse fortwährend praktiziert und reproduziert werden.“ (S. 54) Die Arbeit hat zweifellos wertvolle Ergebnisse zu diesen vom Verfasser hervorgehobenen Aspekten erbracht, die sich auf künftige weiterführende Arbeiten fruchtbringend auswirken dürften. Konkrete politologisch-soziologische Parameter müssen aber in einer für den Leser nachvollziehbaren Weise einbezogen und dargestellt sowie regionale Entwicklungen durchgängig von Gesamttrends unterschieden werden.

Bernd Knabe

Lapp, Peter Joachim: Grenzregime der DDR. Aachen: Helios 2013, 617 Seiten, 35,80 €.

Peter Joachim Lapp hat sich um die Erforschung des DDR-Grenzregimes verdient gemacht wie kaum ein anderer, zählt er doch zu den wenigen Autoren, die sich bereits vor der Friedlichen Revolution von 1989 systematisch mit diesem Thema beschäftigt haben. Nach mehreren Jahren politischer Haft in der MfS Untersuchungshaftanstalt Gera und der Strafvollzugsanstalt Waldheim durch die Bundesregierung freigekauft, studierte der gelernte Kaufmann (Jahrgang 1941) Politikwissenschaften, Soziologie und Öffentliches Recht in Hamburg und arbeitete zwei Jahrzehnte für den Deutschlandfunk in Köln – gemeinsam mit Karl Wilhelm Fricke. Ähnlich wie Fricke publizierte auch Lapp bereits in den 1970er Jahren zum politischen System der DDR – jenem Staat, unter dem beide zu leiden hatten - nicht als Abrechnung, sondern um der Aufklärung willen als Beitrag zur Enttarnung der DDR als Diktatur mit demokratischer und humanistischer Fassade. Mit „Frontdienst im Frieden“ veröffentlichte Lapp bereits Mitte der 1980er Jahre auch eine umfangreiche und trotz der damals schwierigen Materiallage solide quellengestützte Studie zu Geschichte, Struktur und Aufgaben der DDR-Grenztruppen – als Informant hatte sich damals unter anderem der spektakulär fahnenflüchtig gewordene Grenztruppenoffizier Dietmar Mann betätigt. Weitere Publikationen zum Thema folgten nach dem Fall der Mauer und der Öffnung der Archive; zu nennen ist hier vor allem der vielbeachtete Bild-Text-Band „Die Grenze“ mit Fotos von Jürgen Ritter.

Sein neuestes, 617 Seiten starkes Kompendium „Grenzregime der DDR“ ist mehr als eine Synthese bisher geleisteter Arbeiten, denn entsprechend der titelgebenden Selbstbezeichnung der in der DDR für die Grenze Verantwortlichen weitet Lapp den Blick nun auf „die Ge-

samtheit der Rechtsnormen zur Regulierung der Verhältnisse an der Staatsgrenze, einschließlich des Verkehrs und der Kommunikation über diese und das darauf begründete Tätigwerden der zur Sicherung eingesetzten Organe und gesellschaftlichen Kräfte.“ Es umfaßt dementsprechend den aktuellen Kenntnisstand nicht nur zu den „Hauptkräften des Grenzregimes“ (insbesondere MfS, Grenzpolizei und Volkspolizei) und den „Unterstützungskräften des Grenzregimes“ (freiwillige Helfer, Zollverwaltung und Grenzsicherheitsaktive) sowie Informationen zu deren Ausbildung und politischer Konditionierung, sondern widmet sich darüber hinaus dem Leben der „freundwärts“ lebenden Grenzbevölkerung im Westen wie im Osten der DDR und liefert einen zeitgeschichtlichen Abriss zum Ende des Grenzregimes und abschließend über den Stand der Aufarbeitung. Ein sehr informatives einleitendes Kapitel befaßt sich mit den politischen Grundsatzentscheidungen auf sowjetischer und ostdeutscher Seite von 1945 bis 1989, die wegweisend für die Entstehung und Entwicklung des Grenzregimes waren. Es liefert damit gewissermaßen den Rahmen zum Verständnis der übrigen Kapitel. Seinem selbst formulierten Anspruch, „die Geschichte des Grenzregimes der DDR [...] unter besonderer Berücksichtigung des Zusammenwirkens der verschiedenen Sicherungskräfte“ vorlegen zu wollen, wird Lapp damit mehr als gerecht.

Die Kapitel selbst folgen keinem festen Aufbauschema, sie sind trotz der beeindruckenden Fülle an Informationen und Details gut verständlich geschrieben und dabei mit zahlreichen Auszügen einschlägiger Dokumente, statistischen Übersichten und durch Zitate ergänzt. Eine Auswahl an Bildern von Jürgen Ritter aus den 1980er Jahren veranschaulicht den Aufbau der Grenzanlagen, der Selbstschußanlagen und der Situation im geteilten Berlin.

Lapps Opus Magnum ist somit Lese- und Handbuch, Quellensammlung und – wenngleich in wesentlich geringerem Umfang – Bildband zugleich. Diese Vielseitigkeit ist eine Stärke, wenn man mit etwas Zeit auf der Suche nach umfangreicheren, grundlegenden Informationen zu einem nicht allzu spezialisierten Themenfeld ist, sich gewissermaßen „einlesen“ will: Hier liefert Lapp verständliche, quellengesättigte und bisweilen sogar spannend zu lesende Informationen, wenn er beispielsweise im Abschnitt zur Grenzbrigade Küste die Flucht der Familie Gaeth über die Ostsee im Sommer 1975 schildert, die in einer Konfrontation von Bundesgrenzschutz, Bundesmarine und DDR-Grenzern auf hoher See kulminierte.

Die Vielseitigkeit wird jedoch zur Schwäche, wenn man sich in den Kapiteln selbst oft nur mühsam orientieren kann, wenn die Unentschlossenheit in der Schwerpunktsetzung auch Unübersichtlichkeit zur Folge hat. Diese spiegelt sich leider sogar im Schriftbild wider: Im besten Fall kann ein durchdachter Satzspiegel gerade bei einer so umfangreichen Arbeit, die erläuternde Fließtexte und zum Teil seitenlange Quellenauszüge, Tabellen oder Dienstanweisungen versammelt, viel zur Strukturierung von Inhalt und so zur Lesefreundlichkeit beitragen. Bei Lapp hingegen laufen nicht nur unterschiedliche Schrifttypen jeweils in Fett- Kursiv- und Normaldruck durcheinander, es werden auch mehrere Zitierweisen angewendet. Zudem finden sich inhaltliche und sprachliche Redundanzen, die ein aufmerksames Lektorat gestrichen hätte. Schließlich trifft man auf Informationen nicht immer dort, wo man sie nach den Kapitelbezeichnungen erwarten würde. So tauchen beispielsweise statistische Übersichten zu gelungenen und verhinderten (Fahnen-)Fluchten oder Todesfällen in mehreren Kapiteln auf, ohne daß es entsprechende Querverweise gibt. Ein Stichwortverzeichnis und eine thematisch gegliederte Übersicht der über

70 im Band versammelten Tabellen im Anhang hätten dessen Benutzung als Nachschlagewerk wesentlich erleichtert.

Diese Schwächen werfen jedoch nur einen kleinen Schatten auf das große Verdienst, das sich Lapp mit seiner Arbeit zum DDR-Grenzregime sowohl gegenüber dem Fach- als auch dem interessierten Laienpublikum erworben hat. Er selbst stellt in seiner Einleitung fest, daß „ein umfassendes wissenschaftliches Werk“ über Grenzregime und Grenztruppen noch in Zukunft geschrieben werden müsse – eine Bemerkung, die angesichts der vorliegenden Arbeit beinahe kokett erscheint: Trotz der Fülle an einschlägigen Veröffentlichungen zur DDR-Grenze suchte man eine so fachkundige und quellengesättigte Arbeit mit ähnlich weitem Fokus bisher vergeblich.

Tilman Peters

Geißler, Erhard: Drosophila oder die Versuchung. Ein Genetiker der DDR gegen Krebs und Biowaffen. Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag 2010, 379 Seiten, 38,- €.

Bei dem von Erhard Geißler vorgelegten Werk handelt es sich um eine Autobiographie. Geißler hatte von 1965 bis 1971 eine Professur für Genetik an der Universität Rostock inne, danach war er Abteilungsleiter am Zentralinstitut für Molekularbiologie in Berlin-Buch. Seine Hauptforschungsgebiete waren die Krebsforschung, die Virologie und die Molekulargenetik. Geißler machte sehr früh auf die gravierende Gefahr eines möglichen Mißbrauchs der Gentechnik zu militärischen Zwecken aufmerksam und engagierte sich international und systemübergreifend für eine biologische Rüstungskontrolle und eine Stärkung der Biowaffenkonvention. Zudem betrachtete er diese Themen unter dem historischen Aspekt und wurde auf diese Weise zu einem ausgewiesenen Kenner der Geschichte der biologischen Waffen.

En détail beschreibt Geißler die einzelnen Stationen seines Lebens als Wissenschaftler und die Motive für sein politisches Handeln. Geißler begann seine Forscherlaufbahn als glühender Anhänger Trofim Denissowitsch Lyssenkos (S. 19) und seines „schöpferischen Darwinismus“ und trat 1950 in die SED ein. Da die Mehrheit der DDR-Biologen dem Lyssenkoismus gegenüber eine sehr kritische Haltung einnahm (S. 21), hätte ihn dies, zumal er einen polemischen Artikel gegen den „reaktionären Mendelismus-Morganismus“ verfaßte, beinahe die Karriere gekostet (S. 22 f.). Am Beispiel Geißlers erschließt sich dem Leser eindrücklich, wie der Lyssenkoismus es vermochte, junge, aufstrebende Studenten in seinen Bann zu ziehen. Nicht der 17. Juni 1953, sondern die Ereignisse des Jahres 1956 veranlaßten Geißler schließlich, aus der SED auszutreten (S. 36–38).

Ein Refugium für die moderne Genetik auch in Zeiten des Lyssenkoismus waren – ähnlich wie das Institut für Biophysik der Akademie der Wissenschaften der UdSSR in Moskau – die medizinisch-biologischen Institute der Deutschen Akademie der Wissenschaften in Berlin-Buch. An deren Vorläuferinstitution, dem Kaiser-Wilhelm-Institut für Hirnforschung, hatte von 1930 bis 1945 eine der Koryphäen der modernen Genetik, Nikolai Wladimirowitsch Timoféeff-Ressovsky, gearbeitet (S. 25). Geißler promovierte 1959 bei Arnold Martin Graffi (1910–2006), einem der Pioniere der experimentellen Krebsforschung, besonders der Onkoviologie. Während in der Bundesrepublik Deutschland erst 1964 das Deutsche Krebsforschungszentrum (DKFZ) gegründet wurde, hatte die DDR auf diesem Gebiet einen deutlichen Vorsprung. Hierzu trug auch die in der DDR seit 1952 bestehende gesetzliche Meldepflicht für Geschwulstkrankheiten bei.

Nach seiner Promotion 1959 verlegte sich Geißler auf das Gebiet der Genetik, speziell der Viren. Als prägend und besonders fruchtbar sollte sich der Kontakt

zu Max Delbrück (1906–1981) erweisen. Delbrück hatte in Berlin-Buch, bevor er 1937 in die USA emigrierte, gemeinsam mit Nikolai Timoféeff-Ressovsky und dem Physiker Karl Zimmer „eine der Schlüsselarbeiten der modernen Biologie über die Natur des Gens verfasst“ (S. 42). Anfang der 1960er Jahre kehrte Delbrück vorübergehend aus den USA nach Deutschland zurück, um in Köln das Institut für Genetik aufzubauen (S. 43). Aus dieser Zeit resultierten die ersten Kontakte Geißlers zu Delbrück, von dem er vielfältige Unterstützung erfuhr.

Geißlers Berufung 1965 auf eine ordentliche Professur für Genetik an der Universität Rostock fällt in eine Zeit, in der die moderne Genetik im Ostblock, angefangen in der UdSSR, eine Rehabilitierung erfuhr und nun an den Universitäten gezielt neu aufgebaut wurde (S. 53 f.). Ähnliches galt für entsprechende Fachliteratur für Schule und Universität. 1970 erschien unter der Herausgeberschaft von Geißler das Lehrbuch „DNS – Schlüssel des Lebens“, 1972 in 2. Auflage. Ihm lagen vorausgegangene populärwissenschaftliche Beiträge in der von der FDJ herausgegebenen Zeitschrift *wissenschaft und fortschritt* zugrunde (S. 61). Geißler erwarb sich so in Kollegenkreisen den Ruf als „Vorhut der US-amerikanischen Molekularbiologie“ (S. 61 f.). Zur Verbreitung moderner genetischer Erkenntnisse in der DDR trug auch die von Geißler angeregte und unter Überwindung der üblichen Schwierigkeiten organisierte deutsche Übersetzung der zum 60. Geburtstag Max Delbrücks erschienenen Festschrift „Phages and the Origins of Molecular Biology“ wesentlich bei („Phagen und die Entwicklung der Molekularbiologie“, 1972) (S. 62 f.).

Detailliert und auf verschiedene Kapitel verteilt schildert Geißler, auf welcher vielfältigen Weise er darum bemüht war, durch Publikationen, Vorträge, ja sogar im Fernsehen (S. 189–192) in weiten Kreisen der Bevölkerung der DDR ein Problembewußtsein für die Chancen und

Risiken der Genetik und Molekularbiologie zu schaffen (S. 70 f., 93 f., 112–117, Kap. 17). Darin war er entsprechenden Ansätzen in der Bundesrepublik um viele Jahre voraus. In der „Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse URANIA“ hatte er eine leitende und prägende Funktion inne. Allerdings hält der Rezensent folgende Äußerungen Geißlers für übertrieben: „Anschläge auf genetische Institute und Verwüstungen von Versuchsfeldern gab es in der DDR wohl nicht. Das lag vor allem daran, dass die URANIA sehr intensive Aufklärungsarbeit betrieb“ (S. 93) sowie: „Die nach der Wende von mir mit großer Beunruhigung registrierte Angst vieler Menschen etwa vor ‚Gentomaten‘, ausgelöst durch das weit verbreitete Unwissen darüber, dass ja Gene ohnehin in Tomaten vorkommen und dass selbst ‚Biotomaten‘ nicht frei von Genen sind, nicht einmal wir selbst, diese Angst habe ich bei DDR-Bürgern nie verspürt. Das war ganz gewiss nicht zuletzt den Bemühungen der URANIA Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse zu verdanken.“ (S. 183 f.)

Als in vielerlei Hinsicht prägend erwies sich Geißlers Studienaufenthalt im Cold Spring Harbor Laboratory auf Long Island (NY) im Jahre 1970. Hier konnte er sich nicht nur mit den modernsten virologischen Methoden vertraut machen. Er wurde auch Zeuge des Engagements vieler Institutsmitarbeiter gegen Rassismus und den Vietnam-Krieg. Geißler erlebte, wie die Verantwortung des Wissenschaftlers nicht nur theoretisch gefordert, sondern auch konkret in die Tat umgesetzt wurde durch einen Verzicht auf Experimente mit möglicherweise unkalkulierbaren Folgen (S. 67–72).

Versuche des MfS, Geißler wegen seiner Beziehungen in die USA als IM anzuwerben, scheiterten, was in den Folgejahren zur Ablehnung sämtlicher Reiseanträge ins „kapitalistische Ausland“ führte (S. 74). Erst 1978 erhielt er den Reisekardstatus.

Spannend ist Geißlers Darstellung seiner Untersuchungen, ob das SV40-Virus, mit dem die Ende der 1950er- und Anfang der 1960er Jahre verwendeten Polio-Impfstoffe verunreinigt waren, eine für den Menschen onkogene (tumorerzeugende) Wirkung besitzt – eine Frage, die bis heute nicht abschließend geklärt werden konnte (Kap. 13). Ähnlich verhält es sich mit dem Problem der mutagenen (erbgutverändernden) Wirkung von Marnern-Impfviren. Zusätzliche Brisanz erhielt die Thematik dadurch, daß der Marnernimpfstoff aus der UdSSR stammte (S. 150–155). Nicht minder mitreißend schildert Geißler seine Auseinandersetzungen mit dem Leiter des Instituts für Allgemeine Biologie der HU Berlin, Jakob Segal, der kolportierte, das AIDS-Virus sei ein Produkt amerikanischer Biowaffenforschung (Kap. 23).

1969 sprach Geißler zum ersten Mal öffentlich die Möglichkeit an, daß die Erkenntnisse der Molekularbiologie und Genetik auch zur Entwicklung biologischer Waffen mißbraucht werden könnten. Fragen der biologischen Rüstungskontrolle wurden immer mehr zu seinem Hauptbetätigungsfeld. Für sein Engagement auf dem Gebiet der biologischen Abrüstung erhielt er vom Verteidigungsminister der DDR die „Verdienstmedaille der NVA in Gold“. 1987 gab er seinen Posten als Abteilungsleiter im Zentralinstitut für Molekularbiologie der Akademie der Wissenschaften auf und wurde 1988 zum „Leiter der Basisgruppe Friedensforschung“ berufen.

Auf unprätentiöse und sachliche Weise zeigt Geißler auf, wie er zu einem in Ost und West anerkannten Experten in Fragen der biologischen Abrüstung avancierte, dem es gelang, als regelmäßiger und aktiver Teilnehmer an den Überprüfungskonferenzen zur Biowaffenkonvention einen gewissen Einfluß auszuüben. Als besonders wirkmächtig erwies sich der von Geißler als Herausgeber und Hauptautor veröffentlichte Band „Biological and Toxin Weapons Today“ aus der

Publikationsreihe des Stockholmer Internationalen Friedensforschungsinstituts (SIPRI), der 1986 noch rechtzeitig vor der Zweiten Überprüfungskonferenz erschien (Kap. 21, S. 25 f.). Die Mitwirkenden an diesem Band bemühten sich, aufzuzeigen, wie die Biowaffenkonvention angesichts der vielseitigen Möglichkeiten eines militärischen Mißbrauchs der Gentechnik gestärkt werden kann und muß, etwa durch verschiedene Verifikationsmaßnahmen.

Wie ungewöhnlich Geißlers Rolle war, zeigt sich auch daran, daß er „der einzige Nichtmilitär im ganzen Ostblock war, der auf diesem Gebiet tätig sein und sogar ungehindert ‚im Westen‘ publizieren konnte“ (S. 353 f.). Natürlich konnte er nicht mit all seinen Vorschlägen durchdringen. So war sein Lieblingsprojekt „Vaccines for Peace“, das eine internationale Kooperation der Partnerstaaten der Biowaffenkonvention zur Entwicklung von Impfstoffen gegen (potentielle) biologische Kampfstoffe vorsah, um auf diese Weise für Transparenz zu sorgen, zum Scheitern verurteilt (Kap. 31). Geißler ist auch ehrlich genug, zuzugeben, daß es naiv von ihm war, nicht an einen heimlichen Vertragsbruch der Biowaffenkonvention in großem Stil von seiten der UdSSR geglaubt zu haben, obwohl er mit entsprechenden Indizien konfrontiert worden war (S. 229–233).

Natürlich kommt auch das wichtige Thema Spionage in Geißlers Buch nicht zu kurz. So erfahren wir, welche Indizien dafür sprechen, daß die DDR einen Kundschafter in das SIPRI eingeschleust hatte (Kap. 19). Gleichzeitig nimmt man mit Erstaunen zur Kenntnis, wie lückenhaft die Erkenntnisse des MfS bezüglich der zahlreichen Auslandskontakte Geißlers waren. Selbst einfachste und leicht überprüfbare Basisinformationen, sein Berufs- und Privatleben betreffend, waren falsch, wie sich anhand der Akten leicht nachweisen läßt. Stümperei, Unfähigkeit oder sogar gezielte Desinformation von seiten der Geheimdienste mit den

entsprechenden fatalen Folgen ist auch sonst ein Interessensgebiet Geißlers. So legte er aufschlußreiche Untersuchungen zum Versagen der Geheimdienste in Sachen Biowaffen vor. Die wichtigsten Ergebnisse finden sich in seiner Autobiographie wieder (Kap. 33). In diesen Kontext gehört auch die Affäre Petras (Kap. 11).

Dr. Ehrenfried Petras (1930–1980), Mikrobiologe und Wissenschaftsagent der DDR, der mehrere Jahre lang in der Bundesrepublik am Fraunhofer-Institut für Aerobiologie (IAe) in Graftschafft (Sauerland) tätig war, floh im November 1968 in die DDR. Dort angekommen behauptete er, das IAe diene der Entwicklung und Erprobung biologischer und chemischer Waffen. Geißler zählte zu denjenigen, die diese Behauptungen entkräfteten und sich öffentlich gegen Petras stellten. Ergänzend möchte der Referent, der zusammen mit Stefan Johannsen in dieser Zeitschrift einen Artikel über Petras publizierte (ZdF Nr. 32/2012, S. 122–134), anmerken, daß die Angelegenheit eine differenziertere Betrachtung verdient hat und es anhand der westdeutschen Aktenlage Indizien gibt, wonach Petras' Vorwürfe nicht völlig unbegründet waren. So plante das Bundesverteidigungsministerium 1967, das IAe auszubauen und dort zu Forschungszwecken kleine Mengen biologischer und chemischer Kampfstoffe zu produzieren, einschließlich der Synthese neuer Substanzen. Ferner gibt es Hinweise darauf, daß ein von Petras als Beispiel für die Erprobung neuentwickelter Substanzen genannter chemischer Kampfstoff auf Anregung eines der am IAe arbeitenden Wissenschaftler synthetisiert worden war.

Geißler wehrt sich dagegen, die DDR als totalen Überwachungsstaat zu klassifizieren. Er selbst, der sich als halbwegs angepaßter Bürger (S. 215) bezeichnet, habe nie das Gefühl gehabt, in einem so genannten Unrechtsstaat gelebt zu haben (S. 351). Zweifellos ist es Geißler gelungen, ein für DDR-Verhältnisse außerge-

wöhnlich freies und privilegiertes Forscher-Leben zu führen, ohne sich dafür dem Regime angebidert zu haben. Ob man aus diesem Ausnahmeleben ableiten kann, wie Geißler an mehreren Stellen anklingen läßt, die DDR sei doch nicht so schlimm gewesen, wie immer behauptet werde, muß jedoch bezweifelt werden. Ferner war ihm das Glück stets hold, wie er freimütig bekennt (S. 353). Der Leser gewinnt den Eindruck, daß Geißler eine ökologische Nische besetzte, deren Existenz vom Regime nicht nur geduldet, sondern vielleicht sogar beabsichtigt war – allerdings wohl nicht aus Menschenfreundlichkeit, sondern aus utilitaristischen Gründen. Daher würde man sich als Leser wünschen, Geißler hätte in einem zusätzlichen Kapitel mit derselben Ausführlichkeit wie sonst hinterfragt, welche – vielleicht auch nur vermeintliche – Funktion er in den Augen des Regimes gehabt haben könnte. Nur einmal blitzt dieser Gedanke kurz auf, wenn er schreibt: „Andererseits war ich für Partei- und Staatsführung durch meine populärwissenschaftlichen Aktionen und später vor allem durch meine internationalen Aktivitäten im Rahmen der biologischen Rüstungskontrolle als Aushängeschild vermutlich wichtiger als mancher Genosse“ (S. 38).

Geißlers Autobiographie ist spannend geschrieben und eine wertvolle Quelle nicht nur für den kleinen Kreis derjenigen, die sich für die Entwicklung der Genetik und Molekularbiologie in der DDR und die Geschichte der biologischen Rüstungskontrolle interessieren, sondern weit darüber hinaus. Die gelungene Mischung aus persönlichen Anekdoten, harten und überraschenden Fakten sowie Hintergrundwissen, wie es nur von einem Zeitzeugen offenbart werden kann, machen das Buch zu einer interessanten, lehrreichen und unterhaltsamen Lektüre. Dazu tragen auch die Überschriften bei, die nicht zu viel verraten, sondern zum Weiterlesen reizen. Da es sich um eine Autobiographie handelt, kann man von

dem Werk keine detaillierte Institutionengeschichte erwarten. Hierfür liegen bereits andere Publikationen vor, etwa die Monographie von Bielka („Geschichte der medizinisch-biologischen Institute Berlin-Buch“, 2. Auflage, Berlin/Heidelberg 2002), auf die Geißler an geeigneter Stelle verweist. Das Personenregister erleichtert den Informationszugriff erheblich, ein Sachregister wäre ebenfalls von großem Nutzen gewesen.

Stefan Kirschner

Passens, Katrin: MfS-Untersuchungshaft. Funktionen und Entwicklung von 1971 bis 1989. Berlin: Lukas Verlag 2012, 345 Seiten, 24,90 €.

Bei dem zu besprechenden Buch handelt es sich um die leicht gekürzte Dissertation der Politologin Katrin Passens, die sie 2011 am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin verteidigt hat. Ihr Forschungsgegenstand sind die Funktionen der MfS-Untersuchungshaft in der Honecker-Ära. In der Einleitung werden Leitfragen zum Komplex Verhaftung und Untersuchungshaft vorgestellt – im Kontext politischer Zäsuren bzw. Periodisierungen. Die Untersuchung soll einen Einblick in die „Funktion der MfS-Untersuchungshaft im Gesamtkontext des SED-Herrschaftssystems“ (S. 18) vermitteln, doch überwiegt der Eindruck, daß es der Verfasserin in erster Linie um die Etablierung von Phasen der Untersuchungshaft geht. Legt sie im Kapitel „Politische Rahmenbedingungen“ sowohl bei der außenpolitischen Entwicklung als auch bei der innenpolitischen Situation jeweils die beiden Jahrzehnte zugrunde, konstruiert sie im zentralen Kapitel „Phasen der MfS-Untersuchungshaft“ vier Zeitabschnitte (1971–1975, 1976–1982, 1983–1986 und 1987–1989) – als „heuristisches Hilfsmittel und Arbeitsergebnis zugleich“ (S. 12). Dem Rezensenten ist nicht deutlich geworden, ob und welche Ziele damit erreicht werden sollten bzw. erreicht worden sind. Zum Abschluß der

vier Phasen-Unterkapitel finden sich jeweils Abschnitte über „Grundlagen und Ausmaß der Ermittlungsverfahren“ sowie über „Schwerpunkte und abschließende Entscheidung der Ermittlungsverfahren“, die im wesentlichen formale Vergleiche der hervorgehobenen Entwicklungen bringen – eine überzeugende Konkretisierung etwaiger Spezifika der Phasen kann der Rezensent nicht erkennen. Im Anhang findet der Leser elf detaillierte Tabellen, die auf der Auswertung des statistischen Materials der Jahresanalysen der HA IX im Zeitraum 1971 bis 1988 basieren. Wenn Passens die dort enthaltenen Angaben als Ausgangsdaten ihrer Untersuchung verwendet, geht sie von der Zuverlässigkeit der „Buchführung“ der HA IX aus – Insider werden hierbei möglicherweise Korrekturen anbringen.

Passens untersucht „Veränderungen in Intentionen und Methoden des MfS“, insbesondere „Funktionsveränderungen der Inhaftierung durch das MfS“ (S. 16). Der Leser wird umfassend über das Vorgehen der HA IX und ihrer Vernehmer informiert. Ein genauer Vergleich ihrer „Untersuchungspläne“ und ihrer „vernehmungstaktischen Grundlinie“ könnte möglicherweise – auch chronologisch relevante – Unterschiede im Niveau ihrer Erarbeitung erkennen lassen. Der Stellenwert von Gesprächen der Häftlinge mit Rechtsanwälten und Vertretern der Ständigen Vertretung (StäV) kommt in der Darstellung zu kurz. Bei der Behandlung der Rolle der DDR-Justiz sind gewisse Unklarheiten bzw. Widersprüche nicht zu übersehen. So geht die Verfasserin davon aus, daß die Staatsanwälte „offiziell und inoffiziell“ vom MfS überwacht wurden, ebenso die für politische Verfahren bei den IA-Senaten und -Kammern tätigen Richter (S. 65); auch erwähnt sie „Festlegungen für die konspirative Zusammenarbeit des Justizapparates mit dem MfS“ (S. 151) – konkrete Belege vermißt der Leser allerdings. Eine Überwachung der für das politische Strafrecht zuständigen Staatsanwälte und

Richter durch das MfS dürfte eine große Ausnahme gewesen sein. Wichtige Weichenstellungen in der Justizpolitik – einschließlich der Praxis der Untersuchungshaft – erfolgten auch auf den vom Generalstaatsanwalt (GStA) einberufenen Leiterberatungen (Belege zum Beispiel in BArch DP 3/216, 217, 264 u. 471) und den Beratungen der Stellvertreter (der zentralen Rechts- und Sicherheitsorgane), die Passens nur knapp erwähnt. Die Generalstaatsanwaltschaft, das Oberste Gericht und das Justizministerium haben sich in eigener Zuständigkeit auch mit Problemen der Untersuchungshaft befaßt (Belege in BArch DP 2/1472, 1564 u. 2140). Passens müßte ihre Feststellung, in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre sei es insbesondere durch ein „selbstbewusstes Auftreten der Untersuchungshäftlinge“ und durch ihre damals „geringere Aussagebereitschaft“ zu längeren Ermittlungsverfahren gekommen, konkretisieren und umfassender belegen; der Leser kann auch nicht nachvollziehen, wieso die Aussagenbereitschaft nach 1980 wieder zugenommen hat (S. 147, 152).

Von erheblicher Bedeutung für das Agieren des MfS könnten Auswirkungen außen- und innenpolitischer Faktoren sein. Pauschal formuliert Passens in der Einleitung, die Entwicklungen zwischen 1972 und 1975 „machten es aus Sicht des MfS notwendig, seine Verfolgungsinstrumente den neuen innen- und außenpolitischen Erfordernissen anzupassen“ (S. 12). Die konkreten Ausführungen zu denkbaren innenpolitischen Faktoren bleiben recht vage. Nach 1976 habe sich die SED-Führung bemüht, die „Rechtmäßigkeit der Strafrechtspraxis“ zu propagieren, auch gegenüber der eigenen Bevölkerung (S. 181). Die mit Verschärfungen des politischen Strafrechts verbundenen Novellierungen im 2. und 3. Strafrechtsänderungsgesetzes (StÄG) versuchte die Führung der Bevölkerung durch die von ihr gelenkte Berichterstattung in den DDR-Medien und Belehrungen in Betriebskollektiven zu vermitteln. 1983

wollte die SED die unabhängige Friedensbewegung zerschlagen, und auch ab Winter 1987 stand ein härterer Kurs auf dem Programm; die im Januar 1988 verhafteten Oppositionellen wollte das MfS vor Gericht stellen, konnte sich aber mit dieser Forderung nicht durchsetzen.

Hinsichtlich der Berücksichtigung außenpolitischer Faktoren durch SED-Führung und MfS kommt den Beziehungen der DDR zur Bundesrepublik besondere Bedeutung zu. Wenn Passens feststellt: „Im Vorfeld des Grundlagenvertrages und der KSZE-Schlussakte etwa übten sich die Ermittler in Zurückhaltung“ und sie als Beleg die geringere Zahl von Ermittlungsverfahren in den Jahren 1971, 1972 und 1975 anführt (S. 128), so muß dies als etwas einseitige Schlußfolgerung bezeichnet werden. Denn erstens konnten die Ermittler nicht aus eigenem Antrieb eine „mildere“ Strategie verfolgen, und zweitens gibt es eindeutige Belege, daß Führung, Justiz und MfS keinesfalls einen „neuen Kurs“ anstrebten (zum Beispiel die Beratung des Konsultativrates am 28.11.1972, in: BArch DP2/1177). Passens führt Belege für einen – mit Rücksicht auf das Ausland – „weicheren“ Kurs 1980 und 1984 an (S. 217), ebenso entsprechende MfS-Positionen 1985 (MfS-Dienstanweisung Nr. 2/85 und Mielke auf einer Konferenz im November, S. 187), 1987 (Strategiepapier der HA XX, S. 229) und 1988 (Mielke auf einer Konferenz der Geheimdienste sozialistischer Länder, S. 246). Nach Meinung des Rezensenten sollte dabei betont werden, daß es sich in aller Regel um taktisch-propagandistische Manöver gehandelt hat.

Abschließend konstatiert Passens, daß sich neben der Hauptfunktion der MfS-Untersuchungshaft, nämlich der Sicherung der SED-Herrschaft, fünf Subfunktionen beschreiben lassen, die während der Honecker-Ära eine unterschiedliche Ausprägung erfahren haben (S. 271–281):

1. Wenn Passens im Kontext „Ausschaltung der Opposition“ wiederholt das „phasenübergreifende“ Agieren des MfS konstatiert, dann stellt sie den Sinn ihrer Phaseneinteilung selbst in Frage. Zu hinterfragen ist, ob tatsächlich von einer „[...] in Phase II (1983–1986) erstmals systematisch erfolgten Haftvorbereitung der Opposition“ gesprochen werden kann.
2. Auch für die Darstellung der „Eindämmung der Flucht- und Ausreisebewegung“ muß nicht auf vier Phasen rekuriert werden. Die von Passens herausgestellten Wende- bzw. Höhepunkte – zum Beispiel die starke Zunahme der Antragsteller nach 1976 und in den letzten Jahren der DDR – bedürfen nicht der Einordnung in eine bestimmte Phase. Die Verfasserin selbst konstatiert den gleichbleibenden Kurs des MfS hinsichtlich der Inhaftierung der Ausreiseantragsteller.
3. Bei der „Devisenbeschaffung mittels Freikauf“ könnte eine Dynamik im zeitlichen Ablauf erarbeitet werden, während eine Zugrundelegung von Phasen recht konstruiert wirkt.
4. Das MfS wollte von jedem Untersuchungshäftling möglichst viele Informationen erhalten – die „Informationsbeschaffung“ gehörte zum Kerngeschäft des MfS. Passens kann „keine Bedeutungsverschiebungen dieser Subfunktion“ im Zeitverlauf finden, auch nicht bei zwei von drei Ebenen der Weiterverwendung von MfS-Informationen (Berichtswesen für die Partei- und Staatsführung sowie die MfS-interne Weiternutzung). Lediglich bei der dritten Ebene „Verwertung im Rahmen der geheimpolizeilichen Öffentlichkeitsarbeit“ zeigt Passens Unterschiede im „Phasenverlauf“ auf.
5. Die Subfunktion „SED-Öffentlichkeitsmonopol absichern – Gegenöffentlichkeit verhindern“ war eine sehr wichtige Aufgabe des MfS. Daß „Ausreiseantragsteller und Oppositio-

nelle“ für das Öffentlichkeitsmonopol der SED-Führung eine permanente Bedrohung darstellten, liegt auf der Hand. Von einem Höhepunkt dieser Subfunktion in Phase IV zu sprechen, weil 1987 die Arbeitsgruppe „Staatsbürgerschaft der DDR“ aktiv wurde (S. 280), erscheint angesichts des geringen Umfangs und des Aktionsradius der Gruppe überzogen.

Trotz aller Kritik ist die Untersuchung von Katrin Passens für jeden lesenswert, der sich für die Praktiken des MfS interessiert, für Spezialisten ist sie mit Sicherheit unverzichtbar. Auch die Ausführungen zu oppositionellen Bewegungen sind sehr aufschlußreich, obwohl sie in diesem Umfang über das Thema der Arbeit hinausgehen. Passens ist sich darüber im klaren, daß sie „nur“ einen Baustein zum Stellenwert des MfS im Gesamtsystem der SED-Herrschaft geliefert hat, wie sie in den „Perspektiven der Forschung“ (S. 282 f.) ausführt.

Bernd Knabe

Aschenbach, Hans-Georg: Euer Held. Euer Verräter. Mein Leben für den Leistungssport. Halle (Saale): Mitteldeutscher Verlag 2012, 192 Seiten, 12,95 €.

Hans-Georg Aschenbach, aufgewachsen in Brotterode in Thüringen und erfolgreichster Skispringer seiner Zeit, floh im August 1988 in die Bundesrepublik Deutschland. Seine Flucht war wenig spektakulär; gleichwohl eine herbe Niederlage für den SED-Staat. Ein „Held“ der Arbeiterklasse und ranghoher NVA-Offizier kehrte dem SED-Regime den Rücken. Im Jahre 2011 kehrte Aschenbach nach Thüringen zurück, um sich den Fragen seiner inzwischen gealterten Fans zu stellen. Zusammen mit den österreichischen Skispringern Claus Tuchscherer und Toni Innauer, seinen größten Konkurrenten bei den Olympischen Spielen 1976, sprach er auf einer Veranstaltung der Friedrich-Naumann-Stiftung erstmals

öffentlich über Motive und Hintergründe seiner Flucht. Mehrere Zuhörer unterstellten ihm Verrat am eigenen Land und Verrat an den Fans. Dieser über zwanzig Jahre nach seiner Flucht geäußerte Verratsvorwurf wurde für ihn zum Auslöser, seine Lebensgeschichte aufzuschreiben.

Das Buch „Euer Held. Eure Verräter“ ist ein Bericht über Aschenbachs Weg zum Leistungssport. Aschenbach beschönigt nichts. Er berichtet über Privilegien, die er und seine Familie genossen. Er berichtet zugleich über den Preis, den der DDR-Leistungssport von ihm forderte, und er räumt ein, das SED-Regime gestützt zu haben. Die „Anerkennung für meine Leistung und damit auch Anerkennung meiner Person“ war im Rückblick der Hauptgrund, warum er sich auf das System einließ. Als Kind hörte er immer nur Sätze wie: „Das kannst du nicht, das geht so nicht, du bist zu klein, du bist zu dick.“ Als er im Alter von zehn Jahren von einem Trainer für seine Leistung im Skispringen gelobt wurde, war er glücklich. Die Aussicht, für eigene Leistungen belohnt zu werden, prägte ihn frühzeitig. „Ich erkannte, daß Ehrgeiz zum Erfolg führt und der Erfolg mich definiert“, schreibt Aschenbach. Mit achtzehn Jahren war er Junioreuropameister, wurde in den Armeesportklub ASK Vorwärts Oberhof aufgenommen und in den Kader der DDR-Nationalmannschaft berufen. Er trainierte hart und erhielt als „Danke schön“ für die sportlichen Erfolge eine kleine Wohnung, ein Auto und Urlaubsreisen nach Jugoslawien und Kuba. Als Olympiasieger profitierte er später auch vom „Sonderkontingent“ in den Kaufhäusern, durfte „den Seiteneingang benutzen“ und mußte nicht „in der Schlange stehen“.

Doch „das war keine Freiheit“, schreibt er, das Regime zwang die eigenen Bürger in eine „Schablone“. Immer wieder geriet er in Konflikt mit Partei- und Sportfunktionären. Wegen gefärbter Haare wurde er für ein Jahr als Reisekader gestrichen. Die Dauer eines Heilungsprozesses nach

einem schweren Sturz wurde nicht mit dem Athleten abgestimmt, allein der zuständige Mannschaftsarzt entschied über Trainingspausen. Zu den Trainingsmethoden gab es für ihn kein Mitspracherecht. Jeder Wettkampf wurde zum „politischen Auftrag“ stilisiert. Kritische Fragen waren nicht erwünscht. „Das Einzige, für das man mich allein verantwortlich machte, waren meine Niederlagen.“

Seit seinem achtzehnten Lebensjahr wurde von ihm die Einnahme von Dopingmitteln verlangt. Hätte er das nicht getan, wäre seine sportliche Karriere beendet gewesen. Aschenbach berichtet ausführlich über ein Gespräch mit dem Generalsekretär des DDR-Skiverbandes Ludwig Schröder, dem Trainer Hans Renner und dem zuständigen Mediziner Dr. Erich Arend. Er wurde aufgefordert, „unterstützende Mittel, also Medikamente, die meine Leistungsfähigkeit beeinflussen sollten“, einzunehmen. Alles sei wissenschaftlich untersucht worden und völlig harmlos, so die Funktionäre, es gäbe keine Nebenwirkungen und sei nötig, um das „persönliche Leistungspotential“ auszuschöpfen. Aschenbach unterschrieb eine Schweigeverpflichtung und durfte fortan mit niemandem „darüber“ sprechen.

Getrieben vom Erfolgsdruck und trotz aufkommender Zweifel an den Idealen der sozialistischen DDR arrangierte sich Aschenbach mit dem System, wurde mehrfacher Weltmeister und 1976 Olympiasieger in Innsbruck. Danach beendete er seine sportliche Laufbahn, arbeitete als Diplomsportlehrer und studierte seit 1978 an der Universität Greifswald Medizin. In Greifswald lernte er Kommilitonen kennen, die das SED-Regime wegen Repressalien gegen Andersdenkende kritisierten. Aschenbach schildert, wie er Anfang der 1980er Jahre begann, „Dinge zu hinterfragen“. Als betreuender Arzt reiste er 1988 mit der DDR-Nationalmannschaft der Skispringer zum Training in den Schwarzwald. Dort wagte er den großen Sprung. Mit Hilfe eines Freundes verließ

er in einem geeigneten Moment das Mannschaftsquartier. Das MfS setzte alles daran, ihn zurückzuholen. Er sollte betäubt und in die DDR entführt werden. Ein entsprechender Maßnahmenplan fand sich in Aschenbachs Stasi-Akte. Dort heißt es: „Vorbereitung und Maßnahmen zur Rückführung durch Auswahl geeigneter Personen aus dem Verwandten-, Bekanntenkreis oder Dienstkollektiv durch HA I/MfNV, UA ASV in Koordination mit Abt. Äußere Abwehr“.

Bis heute ist Aschenbach dankbar für die Unterstützung, die ihm im Westen widerfuhr. Bundesdeutsche Beamte und Mitarbeiter amerikanischer Behörden hatten ihm empfohlen, aus Sicherheitsgründen den Kontakt „zur alten Heimat“ zu unterbrechen. Er erhielt eine „Telefonnummer für Notfälle“. Der Mauerfall sei für ihn der Beleg gewesen, „alles richtig gemacht zu haben.“ Aus seiner Stasi-Akte erfuhr er 2011 auch das gesamte Ausmaß der Überwachung. Im Westen fanden Stasi-Spitzel heraus, „wo ich mich bewegte, wo ich arbeitete und wo ich lebte. [...] Daß sie mir so nahe waren, das hätte ich bis zur Einsicht in meine Akte tatsächlich nicht gedacht.“ Hans-Georg Aschenbach hat ein bewegendes Buch über sein Leben als Hochleistungssportler und Sportmediziner geschrieben. Er ist weit geflogen und gut gelandet. Hut ab ... 8, 9, 10 Klasse!

Angela Schmole

Döhring, Jana: Stasiratte. Köln: Hart-riegel Verlag 2012, 232 Seiten, 13,95 €.

Jana Döhring changiert in ihrem IM-Offenbarungsroman zwischen zwei zeitlichen Ebenen: den 1980er Jahren in der DDR, welche die Rahmenbedingungen, Anbahnung und Durchführung ihrer Tätigkeit als Stasi-Spitzel darlegen, und der Gegenwart, in welcher sie durch monatliche Kartengrüße ihres ehemaligen Arbeitskollegen und Freundes Gerry ab 2006 genötigt wird, sich mit ihrer unbewältigten Vergangenheit auseinanderzu-

setzen. Forciert wird dies dadurch, daß sie die Postkarten vor ihrem Mann Mike abfangen muß. Ein Zustand, der immer die Gefahr birgt, daß die ehemalige IM-„Cornelia Astrid“ enttarnt werden könnte. Daher ist es eigentlich nur noch eine Frage der Zeit, bis sie nicht nur sich selbst, sondern auch ihrem zweiten Ehemann eingestehen muß, was sie Jahre imstande war zu verdrängen.

Die junge Jana wollte, nachdem sich ihr Berufswunsch Archäologin verflüchtigt hatte, eigentlich Kellnerin im Palast der Republik werden. Wegen ihrer in den 1970er Jahren nach West-Berlin übergesiedelten Großmutter blieb ihr dieser Wunsch jedoch verwehrt. Eine Kellnerlehre erschien aufgrund des Trinkgeldes und Arbeitens an angenehmen Orten nicht nur Döhring attraktiv. 1979 fand sie eine Anstellung im noblen Spreehotel, in dem viele Diplomaten und Angestellte von Vertretungen verkehrten. Dort lernten sich Gerry und Jana kennen und von Beginn an freundschaftlich mögen.

Der vom Ost-Berliner Spreehotel gebotene Luxus, welcher für den maroden DDR-Staat maximale Devisen eintreiben sollte, führte Döhring eine Welt vor Augen, die es in der DDR-Mangelwirtschaft kaum gab. Schnell wurde sie verführt. So klopfte sie einmal fast ihr gesamtes monatliches Lehrlingsgehalt für eine modische Jacke aus einem „Exquisit“-Laden auf den Kopf. Sie genoß es, nach Feierabend vornehmlich in Bars an der Friedrichstraße von Botschaftsangestellten auf ein Getränk eingeladen zu werden. Nicht immer blieb es bei einem gemeinsamen Drink. Sie gierte nach Lust auf das Leben, nach Abenteuern, nach Experimenten. Einschränkungen, gleich welcher Art, paßten da nicht. Die Mangelwirtschaft, deren beschriebene Auswirkungen sich wie ein Nebenstrang konstant durch Döhrings Roman ziehen, scheint das Einfallstor zur IM-Tätigkeit gewesen zu sein. Kein Wunder, daß sie sich darüber freute, nach einiger Zeit vom Kongreß- und Bankettalltag zur exponierten Kristallbar

wechseln zu dürfen: „[...] die Freude quoll über in mir.“ (S. 68) Die Kristallbar lockte mit kürzeren Arbeitswegen und angenehmeren Arbeitszeiten. Und es gab dort großzügige Gäste. So behielt Döhring hier und da D-Mark-Trinkgelder, die sie aufgrund des seit 1979 geltenden Verbots, Devisen zu besitzen, hätte umtauschen müssen. Doch eines Tages tappte Döhring in eine sogenannte Valuta-Kontrolle und wurde in das Hotelrestaurant strafversetzt. Erst nach einem halben Jahr durfte sie wieder in die Kristallbar zurückkehren.

Schon bevor die Stasi an Döhring herantrat, war sie mit dem Thema konfrontiert. So war das Gerücht in Umlauf, daß eine Kollegin inoffiziell für die Stasi arbeitete. Döhring distanzierte sich wie viele andere instinktiv von ihr. Daß das MfS Menschen aushorchte, um ihre wahre Einstellung zum DDR-Sozialismus in Erfahrung zu bringen, erklärte sich die junge Frau mit der Angst der Stasi vor einer möglichen Konterrevolution. Während die sowjetische Delegation der KPdSU zum X. Parteitag der SED im Spreehotel residierte, seien die dort zur Überwachung eingesetzten IM laut Döhring „in ihrer Lächerlichkeit Ziel von Spott und Häme hinter vorgehaltener Hand“ (S. 64) gewesen. Dennoch fragte sie sich schon vor 1981, was die Folgen der Verweigerung einer Stasi-Mitarbeit sein würden und ob es nicht auch Vorteile gäbe. Dabei hatte Döhring selbst eine negative Einstellung zum Staat. Ihre Eltern, die das System haßten, hatten sie dementsprechend erzogen. Sie wuchs mit der berühmten Doppelzüngigkeit auf: zu Hause sagen und denken was man wollte, vor der Haustür heucheln oder schweigen.

Döhring schildert spannend, daß es für sie mühsam gewesen sei, die Gründe für ihre IM-Tätigkeit zu erschließen. So gab es nicht den *einen* Grund, sondern „ein Quantum Erfahrungen, Erlebnisse und Erwartungen“ (S. 73). Zu der Verführungskraft von Luxus und Glamour, welche durch von Diplomategästen be-

schaffte Schallplatten oder Erdbeeren im Winter immer weiter befeuert wurde, gesellte sich alsbald ihr neuer Freund und späterer erster Ehemann Paul. Er lebte von der prosperierenden DDR-Schattenwirtschaft. Döhring lernte Paul in der Kristallbar kennen, wo er und einige Stammgäste sich oft sonderbar verhielten. Paul machte, wo er konnte, Geschäfte mit knappen Gütern und profitierte von den Mängeln der Planwirtschaft. Von Anfang an bewunderte Döhring den nahezu ausnahmslos arbeitenden Paul und seinen Lebensstil, von dem auch sie selbst profitierte.

Freilich spielten auch persönliche Aspekte für den Entschluß eine wichtige Rolle, als IM Informationen zu liefern. So hebt Döhring die von der Stasi ausdrücklich betonte Wichtigkeit der Zusammenarbeit mit ihr hervor. Hauptmann Gerber, Döhrings Führungsoffizier in spe, machte sie glauben, daß sie durch ihren Einsatz als Informantin helfen würde, die Drogengeschäfte an der Kristallbar zu beenden. Ihr gefiel die Vorstellung, anderen zu helfen: „Ich war wichtig. Ich wurde gebraucht und für geeignet empfunden. [...] Es war schön, sich besonders zu fühlen.“ (S. 109) Und gerade letzteres sei in der DDR sehr schwierig gewesen. Hinzu kam ihre Abenteuerlust und die Vorstellung, diesem Arrangement auch seine Vorteile abgewinnen zu können. Gerade in Hinblick auf ihren illegal agierenden Freund Paul sah Döhring die Zusammenarbeit auch als eine Art Versicherung und Schutz für ihren gemeinsamen, bescheidenen Wohlstand an, den sie nicht mehr missen wollte. Der Staatsmacht konnte Pauls Lebenswandel schließlich kaum entgangen sein: „Und war hier nicht die Möglichkeit, aktiv etwas zu unserem Schutz zu tun? Indem man den Dämon einbezog und ihn so beruhigt?“ (S. 130) Auch stellte sich ihr die Frage nach den Konsequenzen einer Ablehnung. Sie bangte vor einer Versetzung aus der einträglichen Kristallbar. Schließlich hoffte Döhring, daß die „leise entfernte Stimme

[...; des Zweifels, M.S.] auch noch Ruhe geben“ (S. 133) würde.

Hauptmann Gerber – rasch als Micha benannt – schaffte es offenbar, Döhring bei ihren Treffen in einer konspirativen Wohnung in der Prenzlauer Allee eine Atmosphäre von Unbefangenheit zu vermitteln. Es fiel ihr nicht schwer, sich mit ihm wie mit einem Kumpel zu unterhalten. „War doch nichts Ungewöhnliches, oder?“ (S. 165), versuchte sie sich damals einzureden. Gemeinsam lachten sie sogar über die Versorgungsengpässe in der DDR. Rasch wurde klar, daß es bei ihrer IM-Verpflichtung nicht um Drogengeschäfte ging, sondern um das Aufspüren von „Elemente[n] mit falscher Weltanschauung“ (S. 144). Döhring sei bewußt gewesen, daß sie damit auf die Stufe einer Denunziantin herabgesunken war. Sie habe sich beinahe gewünscht, doch Drogengeschäfte beobachten zu können. Aber weil Micha so freundlich und geduldig war, warf sie ihre Hemmungen über Bord, und berichtete ihm fortan alle acht bis zehn Wochen über ihre Arbeitskollegen und Gäste.

Doch immer wieder wurde Döhring von Zweifeln heimgesucht. War sie eine Stütze des Staates und half sie, die DDR am Leben zu erhalten? Eine Frage, die ihr insbesondere während eines West-Berlin-Besuches Ende der 1980er bei ihrer Großmutter im Angesicht der Berliner Mauer, die „das eigene Volk im sozialistischen Gehege“ (S. 212) hielt, fast schon körperlich wehtat. Aber hatten nicht auch viele andere für die Stasi gearbeitet? Kam es auf sie dabei überhaupt noch an? Döhring hielt es für möglich, daß die Stasi so gut wie überall im Alltag und Berufsleben der Menschen einen IM positioniert hatte. Sie differenziert die Stasi-Informationszuträger in Hauptamtliche und Inoffizielle Mitarbeiter: Hauptamtliche Mitarbeiter seien Trottel gewesen, von denen man aber wenigstens gewußt habe, woran man war; die Inoffiziellen Mitarbeiter seien im Unterschied dazu Betrüger gewesen. Sie hätten im

Verborgenen agiert und ihre Mitmenschen über ihre wahren Absichten getäuscht. Sie eingeschlossen.

Während Jana Döhring sich selbst ihre Verpflichtung als Inoffizielle Mitarbeiterin genauestens vor Augen führt und versucht, ihre Einwilligung zu erklären, gewährt sie einen sehr persönlichen und dabei spannenden Einblick. Der Leser vergrößert durch den Wechsel der Erzählebenen dabei niemals, daß Döhring ihre Motive nicht freiwillig offenlegt, sondern daß sie mit dem Roman eine Flucht nach vorne angetreten ist. Er dient in erster Linie ihrer persönlichen Aufarbeitung: „Ich fühle mich, als hätte ich eine Natter ausgekotzt.“ (S. 120) Dieses Buch zeigt: Die häufig vorgebrachte Position, daß ehemaligen Stasi-Spitzeln keine Plattform gegeben werden dürfe, ist falsch. Die Aufarbeitung bedarf auch der Darlegungen ehemaliger Systemzuträger. Wissenschaftler sind allemal in der Lage, Quellen kritisch auszuwerten. Zumal Döhring ihre Tätigkeit nicht mystifiziert, sondern bereut: „Wie sehr wünsche ich mir, damals alles viel gründlicher überlegt, anderen Werten mehr Gehör gegeben zu haben.“ (S. 39) Einziger Wermutstropfen bleibt jedoch ihr Umgang mit Gerry. Auch er gehörte zu jenen Arbeitskollegen, über die sie ihrem Führungsoffizier berichtete. Damals war er Döhring auch ein guter Freund gewesen. Mit Unterstützung ihres Mannes Mike, der Rechtsanwalt ist, zerrt sie ihn wegen Stalkings vor Gericht. Es kam zu einem Vergleich. Seither gab es keine weiteren Karten von Gerry mehr. Während der Verhandlung sprach er kein Wort. Es wurde eben schon alles berichtet, damals, von IM „Cornelia Astrid“.

Mathilde Schäfer

Kirschbaum, Erik: Rocking the Wall. Bruce Springsteen in Ost-Berlin 1988 – Das legendäre Konzert. Ins Deutsche übersetzt v. Thomas Krumenacker. Berlin: Berlinica Publishing LLC 2013, 140 Seiten, 11,95 €.

Wenn im deutschen Fernsehen alle Jahre wieder des Falls der Berliner Mauer gedacht wird, geschieht das selten ohne Aufnahmen von David Hasselhoff und seiner blinkenden Lederjacke. Obwohl der amerikanische Sänger erst zur Jahreswende 1989/90 nach Ost-Berlin kam, um den Mauerresten seinen Hit „Looking for Freedom“ entgegenzuschmettern, scheint sich hartnäckig die Vorstellung zu halten, Hasselhoffs Gesang habe die deutsche Wiedervereinigung eingeleitet.

Der amerikanische Journalist Erik Kirschbaum hat mit „Rocking the Wall“ eine unterhaltsame Reportage geschrieben, die zeigt, daß populäre westliche Musik in der Tat einen großen Beitrag zu der Umbruchstimmung leistete, die junge DDR-Bürger in den späten 80er Jahren ergriff. Allerdings war der Rockstar, dem es gelang die Mauer zu erschüttern, nicht Hasselhoff, sondern Bruce Springsteen.

Im Sommer 1988 befand sich Springsteen auf seiner „Tunnel of Love“-Welttournee. Ein Konzert in West-Berlin war bereits fest eingeplant. Seit er 1981 als Tourist in Ost-Berlin gewesen war, hatte der Musiker mit einem Auftritt jenseits der Mauer geliebäugelt. Da er nun ein paar freie Tage im Tourplan hatte, richtete sein Manager spontan eine Anfrage nach Ost-Berlin. Überraschenderweise kam die Zusage für das Konzert fast umgehend.

Noch ein Jahr zuvor war die Polizei in Ost-Berlin gewaltsam gegen Jugendliche vorgegangen, die nahe der Mauer zusammenkamen, um einem David-Bowie-Konzert im Westen der Stadt zu lauschen. Kurz vor Springsteens Ankunft in Deutschland hatten sich erneut Tausende Menschen in Ost-Berlin versammelt, um Michael Jackson und Pink Floyd auf der

anderen Seite der Mauer spielen zu hören. Die DDR-Führung war sich also durchaus bewußt, welche Anziehungskraft diese Musik auf ihre Bürger ausübte. Mit dem von der FDJ organisierten und von der Stasi überwachten Springsteen-Konzert wurde von staatlicher Seite ein kontrolliertes Entgegenkommen angestrebt. Doch Springsteens Auftritt in Berlin-Weißensee am 19. Juli 1988 wurde zu einem Ereignis, das die Erwartungen aller Beteiligten übertraf. Kirschbaum, der selbst seit 25 Jahren in Deutschland lebt, zeichnet akribisch die Ereignisse dieses Tages nach und läßt dabei nicht nur die Veranstalter und zahlreiche Konzertgänger zu Wort kommen, sondern bezieht auch Pressestimmen und Unterlagen aus dem Berliner Stasi-Archiv ein.

Die FDJ hatte die Anziehungskraft Springsteens sichtlich unterschätzt, und es dauerte nicht lange, bis die aus der ganzen DDR angereisten Fans die Absperrungen um das Konzertgelände durchbrachen und sich freien Zutritt verschafften. Mindestens 300 000 sollen es gewesen sein, vielleicht sogar eine halbe Million. Selbst Springsteen, ein Weltstar auf dem Höhepunkt seiner Karriere, hatte noch nie vor einer solchen Menschenmenge gespielt. „Ihnen war klar, daß sie etwas machen mussten, um die Jugend ruhig zu halten“, sagt ein damaliger Zuschauer über die Beweggründe der DDR-Führung. „Aber es reichte nicht. Es hat nicht geklappt. Wir wollten nach dem Konzert noch mehr Freiheit.“ Eine andere Zeitzeugin sagt: „Es war wie eine große Demonstration“. Kirschbaum gelingt es sehr gut, die euphorische Festivalatmosphäre des Tages einzufangen. Aus heutiger Sicht wirken seine Schilderungen wie Vorboten der Szenen, die sich ein gutes Jahr später an den Berliner Grenzübergängen abspielen sollten.

Am interessantesten ist „Rocking the Wall“ dort, wo der Autor auf die Funktion von populärer Musik hinsichtlich ihrer Fähigkeit zur Unterwanderung politischer

Ideologien zu sprechen kommt. So ergeben die von Kirschbaum ausgewerteten Archivmaterialien, daß die FDJ-Führung Springsteen als den Verfasser von „harten ungeschönten Songs über die Schattenseiten der amerikanischen Wirklichkeit“ pries. Tatsächlich singt Springsteen vorwiegend von einfachen, hart arbeitenden Menschen, die unter einem System leiden, in dem sie trotz aller ehrlichen Bemühungen nie nach oben kommen. Springsteen, der in einer Arbeiterfamilie in New Jersey aufwuchs, war ein erklärter Gegner der Reagan-Regierung, und sein oft als patriotische Hymne mißverständener Hit „Born in the USA“ ist ein bitterböser Abgesang auf den politischen Mißbrauch des amerikanischen Nationalgefühls. Doch Springsteens eigentliches Thema war und ist der Kampf um individuelle Freiheit. Es ist eine zutiefst amerikanische Freiheitsvision, zu der schnelle Autos, staubige Highways und ein unendlich weiter Horizont gehören. Es ist die Freiheit von jungen, verliebten Menschen, die ihr Leben endlich selbst in die Hand nehmen und einer feindseligen Welt ihr persönliches Glück abringen wollen. Und eben diese Botschaft wurde auch und gerade in der DDR verstanden, wo Springsteens Publikum im Sommer 1988 selbstgenähte amerikanische Flaggen schwenkte.

Springsteen, ein Musiker, dem Rockstar-Allüren und Selbstinszenierung schon immer fern lagen, der dafür bekannt ist, daß er bei Konzerten pünktlich erscheint und bis zu vier Stunden am Stück spielt, war nicht mit der Absicht in die DDR gekommen, gegen das System zu predigen. Es waren letztlich die ostdeutschen Konzertveranstalter, die ihn durch einen plumpen Vereinnahmungsversuch zu einer politischen Stellungnahme veranlaßten. Sie hatten das Konzert ohne Springsteens Wissen als Benefizveranstaltung für das sandinistische Nicaragua beworben.

Um sich davon abzugrenzen, hielt der „Boss“ auf der Bühne in holprigem Deutsch eine kurze Ansprache: „Ich bin

nicht für oder gegen irgendeine Regierung. Ich bin gekommen um Rock'n'Roll zu spielen, für euch Ost-Berliner, in der Hoffnung, daß eines Tages alle Barrieren umgerissen werden.“ Dann stimmte er Bob Dylans „Chimes of Freedom“ an.

„Rocking the Wall“ ist ein lesenswerter Bericht, der anhand eines einzigen Tages im Sommer 1988 eine lebhaftere Vorstellung davon vermittelt, wie es sich angefühlt haben muß, als junger Mensch die letzten Monate der DDR zu erleben, und der zudem daran erinnert, was für eine erstaunliche subversive Kraft Musik in ihren besten Momenten entwickeln kann.

Negativ zu vermerken ist einzig, daß Kirschbaums zahlreiche Exkurse in die Geschichte des Kalten Krieges stets etwas oberflächlich bleiben und zu Wiederholungen neigen. Das liegt möglicherweise daran, daß das ursprünglich auf Englisch verfasste Buch sich am Kenntnisstand eines nichtdeutschen Lesers orientiert. Dem hiesigen Publikum wird die Rahmenhandlung hinlänglich bekannt sein, doch nichtsdestotrotz handelt es sich um ein originelles, gelungenes Buch, das nicht nur Springsteen-Fans ans Herz gelegt sei.

Barbara Wünnenberg

König, Ewald: Menschen, Mauer, Mythen. Deutsch-deutsche Notizen eines Wiener Korrespondenten. Halle (Saale): Mitteldeutscher Verlag 2013, 256 Seiten, 14,95 €.

Bei der Aufarbeitung und Schilderung der Historie eines Landes bietet der Blick von außen eine oft sinnvolle Ergänzung zur eigenen Wahrnehmung des Geschehenen. Seltsamerweise werden für Deutschland im 20. Jahrhundert sehr nahe liegende Darstellungen aus dem Nachbarland Österreich selten berücksichtigt. Im Jahr 2013 wird dieser Mangel zweifach ausgeglichen: einmal durch Berichte österreichischer Diplomaten über die und aus der DDR im achtzehnten Band der Studien des Forschungsverbundes SED-

Staat und im Buch des Wiener Journalisten Ewald König. Im ersten Band seiner Erinnerungen schildert er mit der Distanz des politischen Auslandskorrespondenten und der Neugier des Lokalreporters besonders turbulente Phasen der Revolution in der DDR. König war als einziger österreichischer Journalist in Bonn und Ost-Berlin akkreditiert und hat die Geschehnisse mit dem Blick von innen und von außen erfaßt.

Wer meint, über Mauerfall und Wiedervereinigung sei schon alles gesagt und geschrieben, wird hier eines besseren belehrt. Manche längst bekannten Fakten erscheinen in der Darstellung Königs in einem anderen, manchmal sogar erfreulicheren Licht. Neben vielen Absurditäten der deutschen Teilung beschreibt er auch Ereignisse aus seinem Erleben, wie die Leipziger Montagsdemonstrationen oder den letzten Republik-Geburtstag mit seinen brutalen Begleitumständen. Er widerlegt einige Legenden zu Schabowskis Pressekonferenz vom 9. November 1989 und schildert die Sendepause der eigentlich zuständigen Allgemeinen Deutschen Nachrichtenagentur (ADN) in der darauf folgenden aufregendsten Nacht in der Geschichte der DDR.

Das Buch des gebürtigen Wieners ist nicht nur für die deutschen Zeitgenossen interessant zu lesen. Es bietet auch wichtige Ergänzungen für die hiesige Zeitgeschichtsforschung. Oft sind Auslandskorrespondenten, ebenso wie Diplomaten, gute Beobachter der Geschehnisse im Gastland. Es bleibt zu hoffen, daß der Mitteldeutsche Verlag bald einen Folgeband zur Wiedervereinigung herausbringen wird. Denn die Geschichte, die König zu erzählen hat, war am 10. November 1989 nicht zu Ende.

Enrico Seewald

wird, wenn von den Jahrzehnten des „real existierenden Sozialismus“ die Rede ist, diskutiert man hierzulande darüber, ob die DDR ein „Unrechtsstaat“ genannt werden darf. Auch insofern kommen Forschungsergebnisse wie die vorliegende Studie „Opposition als Lebensform“ zur rechten Zeit. Sie bildet den zweiten Band einer auf vier Bände angelegten Reihe, die von Wolfgang Eichwede unter dem Titel „Das Andere Osteuropa“ herausgegeben wird.

Aus Forschungseinrichtungen in acht Ländern haben es sich zwanzig Wissenschaftler zur Aufgabe gemacht, die letzten dreißig Jahre der Länder des „real existierenden Sozialismus“ unter der Maßgabe des Verhältnisses der offiziellen Staatsmacht und widerständiger Lebensentwürfe zu analysieren. Zutreffend betonen die Herausgeber in ihrer „Einleitung“: „Liefen in der Vergangenheit Ansätze der Politik-, Geschichts- und Kulturwissenschaften oftmals nebeneinander her, kommt die Dissensforschung ohne ihre Zusammenführung überhaupt nicht aus“. Eine länderübergreifende Perspektive sorgt zudem für einen Überblick, um Gemeinsamkeiten, aber auch spezifische Unterschiede herauszuschälen.

Der Untertitel des vorliegenden Bandes „Dissidenz in der DDR, der ČSSR und in Polen“ markiert sowohl die geographische Eingrenzung als auch das Anliegen, biographische Entwicklungsläufe von Zeitzeugen, Dissidenten und Oppositionellen darzustellen.

In seiner Studie „Revolution in einem halben Land“ belegt Alexander von Plato „Lebensgeschichten von Oppositionellen in der DDR und ihre Interpretation“. Umfassende Befragungen verschiedener Bürgerrechtler und Mitglieder von Friedensgruppen ermöglichen Einblicke in unterschiedliche Ansätze, die von der Eigenständigkeit im Denken bis hin zum Widerstand gegen das herrschende System führten. Neben gesellschaftspolitischen Anliegen wie „Demokratie“ und „Menschenrechte“ kamen im Laufe der 1970er

Alexander von Plato und Tomáš Vilímek in Verbindung mit Piotr Filipkowski und Joanna Wawrzyniak: „Opposition als Lebensform“, in: „Das andere Osteuropa“. Das andere Osteuropa – die 1960er bis 1980er Jahre. Dissens in Politik und Gesellschaft, Alternativen in der Kultur, hrsg. v. Wolfgang Eichwede, Bd. 2. Berlin: LIT Verlag 2013, 576 Seiten, 59,90 €.

Während in der Tschechischen Republik von der Zeit der „Totalität“ gesprochen

Jahre neue kritische Stichworte wie „Ökologie und Umwelt“ und „Friedenspolitik“ hinzu, die gerade im kirchlichen Umfeld formuliert wurden. Es war eine der Besonderheiten der DDR, daß die evangelische Kirche als einzige Kraft trotz aller Widrigkeiten eine gewisse Eigenständigkeit wahren konnte und landesweit vernetzt war. Zugleich hebt Alexander von Plato die Bedeutung hervor, die in der Vielzahl kleiner Initiativen und kleinster Gruppierungen gelegen hatte. Sie konnten in ihrer gewaltfreien Regsamkeit von der Stasi nicht ohne weiteres abgewürgt werden und hatten sich in der Phase der „Friedlichen Revolution“ bemerkbar gemacht. Ausführliche Befragungen unterschiedlicher Biographien wie Jens Reich, Rolf Henrich, Ulrike Poppe, Markus Meckel oder Arnold Vaatz belegen die Vielschichtigkeit in der persönlichen Bereitschaft, Risiken auf sich zu nehmen. Platos Untersuchung gewinnt in ihrem abschließenden Versuch, sowohl die verschiedenen Protestgenerationen wie auch deren jeweiliges Selbstverständnis in bezug auf Schlüsselbegriffe wie die „deutsche Teilung“ oder „Kirche im Sozialismus“ nicht zuletzt im Hinblick auf oppositionelle Szenen in sozialistischen Nachbarländern zu interpretieren, an besonderer Bedeutung.

Der Prager Historiker Tomáš Vilímek lenkt seinen Blick auf die länderübergreifenden Kontakte von Oppositionellen: „Die Opposition in der ČSSR und in der DDR – Der ‚dissidentische Weg‘ und die gegenseitige Wahrnehmung von Vertretern der tschechoslowakischen und ostdeutschen Opposition.“ In gewohnt übersichtlich aufbereiteter Weise überzeugt Vilímek mit seiner Darstellung der Dissidenten-Szene der ČSSR. Ausgehend von der lebensgeschichtlichen Schilderung ausgewählter Persönlichkeiten, hebt er dabei neben politischen oder philosophischen Vorprägungen die Bedeutung der Familie in der Sozialisation hervor, nicht ohne dabei auch den Blick auf DDR-Bürgerrechtler wie Rainer Eppelmann

oder Bernd Eisenfeld zu werfen. Beide wollten dezidiert im Hinblick auf die deutsche Nazivergangenheit nicht auf die Wahrnehmung ihrer politischen Verantwortung in der Gegenwart verzichten. Vilímek zitiert stellvertretend die Schriftstellerin Věra Jirousová, die mit einer griffigen Formel auf die Herausforderung eines Dilemmas reagierte: „Wenn ich zu der Unbill und der Ungerechtigkeit, die gerade geschehen, nicht schweige, bedrohe ich mein Kind in der Gegenwart, wenn ich aber schweige, bedrohe ich seine Zukunft.“

Aufschlußreich gestalteten sich Vilímeks Ausführungen über die Kontakte zwischen DDR-Bürgerrechtlern und Vertretern der CHARTA 77, die den politischen Umständen entsprechend sich erst in den späteren 1980er Jahren entwickeln konnten. Die Staatssicherheit der DDR und der Státní bezpečnost (StB) der ČSSR vereinbarten grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Überwachung und im Versuch, diese Kontakte zu verhindern. Vilímek verweist auf unterschiedliche Bedingungen in der DDR und in der ČSSR. Während Ostdeutschen letztlich immer eine mögliche Option in der Bundesrepublik geblieben war, waren die tschechischen Dissidenten auf sich gestellt. Dort wurden auch deutlich höhere Haftstrafen ausgesprochen, wie sich unter anderem bei vielen Mitgliedern der CHARTA 77 belegen läßt. Vilímek nennt unter anderem Rudolf Battěk, Václav Benda, Petruška Šustrová oder Petr Uhl, um zum Schluß zu kommen: „Diese Menschen stellten für das Regime ein unlösbares Problem dar, weil sie sich weder abschrecken ließen, noch zur Emigration bereit waren.“

Hinzuweisen bleibt hier, daß in der angeführten Quellenliteratur wichtige Titel von Jiří Dienstbier, Jiří Hájek, Ladislav Hejránek oder Zdeněk Mlýnář auch in deutschen Übersetzungen vorliegen.

Mit ihrem Beitrag „Polnische Oppositionelle“ widmen sich Piotr Filipkowski und Joanna Wawrzyniak einem exemplari-

schen Vorgang und nehmen sich ein „Biografisches Studium anhand eines Fallbeispiels aus Posen“ vor. Polen ist im dargestellten Zusammenhang ein Sonderfall, da es als einziges sozialistisches Land zu Beginn der 1980er Jahre Oppositionsformen hervorbrachte, welche „massenhaften und legalen Charakter“ angenommen hatten. Folglich kann auch das Forschungsprojekt auf eine beträchtliche Anzahl von Vorarbeiten und Analysen zurückgreifen. Die Autoren setzten ihren Fokus bewußt auf die Stadt Posen, um nicht zuletzt anhand deren kultureller Szene das allmähliche Umschlagen von künstlerischer Autonomie „zum gegen das System gerichteten, politischen und oppositionellen Engagement“ nachzuvollziehen.

Als weitere Besonderheit dieser Beiträge werden die biographischen Beschreibungen über die politische Wendezeit der Jahre 1989/1990 hinaus dokumentiert. Alle Autoren des vorliegenden Bandes haben Archive, eine Vielzahl verschütteter Dokumente der Staatssicherheit und jede Menge einschlägiger Protokolle gesichtet, ohne daß dies die Lesbarkeit Ihrer Auswertung beeinträchtigt hat. Auch insofern stellt dieser zweite Ergebnisband einen beeindruckenden Meilenstein in der Erforschung eines diffizilen und zum Teil unüberschaubaren Geflechts in der Wechselwirkung zwischen unkontrollierter Macht und dem unbezwingbaren Drang nach intellektueller Unabhängigkeit dar.

Volker Strebel

Sarge, Günther: Im Dienste des Rechts. Der oberste Richter der DDR erinnert sich. Berlin: edition ost 2013, 256 Seiten, 17,99 €.

Ursprünglich sollten seine Aufzeichnungen „den Söhnen und Enkeln verdeutlichen, wie ihr Vater und Großvater gelebt und gewirkt hat“, schreibt Günther Sarge im Vorwort: „Hinzu kam die Erkenntnis, dass wir, die Zeitzeugen, unwiderruflich

wegsterben und das Feld unseres Lebens und Handelns in der DDR den Historikern und, schlimmer, den notorischen Verleumdern überlassen müssen.“ Zum Glück hat es Sarge, der letzte Präsident des Obersten Gerichts der DDR, nicht beim Wunsch einer Familienchronik belassen. Dann hätte es auch ein Typoskript getan, das nie veröffentlicht worden wäre. So liegt nun eine Autobiographie vor, die zeigt, wie Sarge heute meint, daß er früher gedacht habe möchte.

„Bundesbürger wurde ich gegen meinen Willen“, schreibt der 82jährige. Doch der Aufbau seiner Argumentation, die nachträgliche Glättung seines Lebenslaufs, das Verschweigen bekannter Tatsachen und die Wahl euphemistischer Begrifflichkeiten wirken tief geprägt von einem bundesrepublikanischen Duktus. Immer wieder verteidigt Sarge die DDR und attackiert das wiedervereinigte Deutschland. Zugleich bemüht er sich um Anerkennung für sein Lebenswerk – ein Lebenswerk, das auch er inzwischen aus bundesrepublikanischer Perspektive beurteilt. Würden noch zwei deutsche Staaten existieren, wäre die Schrift, auch was seinen Werdegang vor 1989 angeht, anders formuliert.

Dann wäre sicher von „Todesstrafe“ die Rede, als Sarge diese als Richter verhängte, und nicht von „Höchststrafe“. Daß beim Obersten Gericht der DDR „jeder eintreten konnte, der einen Personalausweis besaß“, war natürlich praktisch unmöglich. Es klingt aber gut, wenn man den Öffentlichkeitsgrundsatz der (west)deutschen Prozeßordnungen kennt. Daß „die Gesetze [...] im Lande bekannt waren und sich der Bürger auf sie berufen konnte“, ist wiederum ein rechtstaatliches Diktum, das in der DDR nicht verwirklicht war. Sarge betreibt die Dialektik noch immer hervorragend: Er verleibt sich die demokratischen Errungenschaften des (west)deutschen Rechtswesens für seine DDR ein, behauptet, daß sie dort in praxi eingehalten worden wären, um schließlich anhand von Einzelfällen –

aus seiner Nachbarschaft oder dem Der Spiegel zitiert – aufzuzeigen, daß diesen Grundsätzen im wiedervereinigten Deutschland nicht Genüge getan werde.

Daneben findet sich eine Lebensgeschichte, die einen Helden beschreiben muß. Es ist ein immer wiederkehrendes Muster seiner Lebensstationen als Polizist, Dozent, Militärrichter oder Richter: Sarge handelt immer besonnen. Sarge legt Wert auf seine Unabhängigkeit. Sarge hat die einzelnen Karriereschritte nie gewollt (man mußte ihn dazu befehligen), Sarge hat auf seinen Positionen immer Reformen durchgeführt, Sarge hatte immer ein offenes Ohr für alle einfachen Menschen, Sarge hat Fehlurteile unterer Instanzen gegen den Willen der SED aufgehoben, Sarge hat unfähige Mitarbeiter vor die Tür gesetzt, Sarge hatte sogar eine gewisse Sympathie für die handwerklich geschickte Arbeit von Westspionen, die er dann aber trotzdem nach Bautzen schickte. Günther Sarge Superstar? Das Buch müßte seinem Selbstverständnis nach besser „Im Dienste des Herrn Sarge“ lauten.

Man hat sich dann mit „Im Dienste des Rechts“ wohl auf einen unverfänglicheren Titel geeinigt. Leider erfährt man vom eigentlichen Recht in der DDR nicht viel. Dogmatische Überlegungen zu einzelnen Rechtsinstituten fehlen völlig – vielleicht weil Sarge ohne eigentliches Studium blieb und Autodidakt war. Schade ist das schon, denn vielleicht waren tatsächlich Rechtsinstitute oder Rechtsgedanken in der DDR entwickelt worden, die nach der Wiedervereinigung hätten übernommen werden können. Allerdings hatte schon die von Rosemarie Will herausgegebene Schrift „Rechtswissenschaft in der DDR – was wird von ihr bleiben?“ 1995 gezeigt, was Konrad Weiß daraufhin so formulierte: „Eine merkwürdige Frage. Um sie zu beantworten, muss man kein Buch schreiben, da gibt es nur eine Antwort: hoffentlich nichts.“

Günther Sarge „erinnert sich“, heißt es im Untertitel des Werkes. An erstaunlich vieles erinnert er sich aber auch nicht. Den 17. Juni 1953 erlebte er in Dresden fast wie ein Volksfest: „Manche [Demonstranten] winkten uns sogar zu, es fiel kein böses Wort. Es war wie eine Mai-Demonstration. Ein Einsatz erschien mir überflüssig.“ Dabei war Dresden ein Zentrum des Aufstands – dort streikten fast genauso viele Arbeiter wie in Berlin. Über den Wehrdienstverweigerer Rainer Eppelmann schreibt Sarge: „Er wurde nach Hause geschickt“. Tatsächlich wurde er wegen Befehlsverweigerung zu acht Monaten Gefängnis verurteilt. Nun könnte man diese Passagen als Fehler oder Glättungen bezeichnen. Doch andere Passagen lassen eine komplette Realitätsverweigerung erkennen. Dazu gehört Sarges Diktum, daß es jedem in der DDR unbenommen gewesen sei, „sich die Arbeit auszusuchen, die ihm zusagte, sofern er dafür geeignet war“. Auch an seinen eigenen Namen mag sich Sarge nicht mehr erinnern – schrieb er „Günther“ in der DDR konsequent als „Günter“ (ohne „h“). Vielleicht will er seine früheren Schriften und Richtlinien nicht wiedergefunden sehen?

Unter der Verantwortung von Sarge erschienen sogenannte „Informationen für alle Richter – nur für den Dienstgebrauch“, die „Persönlich“ ausgegeben wurden. Darin hieß es, nach Informationen der ARD-Sendung „Kontraste“: „Eine der Bestrebungen des Klassenfeindes besteht in der Schaffung einer „inneren Opposition“ oder anderer Formen konterrevolutionärer Zusammenschlüsse in den sozialistischen Staaten. Je nach der politischen Situation erfolgt eine Tarnung als „Menschenrechtsbewegung“, „Arbeiteropposition“ oder in anderer Weise. Derartige verfassungsfeindliche Zusammenschlüsse sollen im frühesten Stadium erkannt und konsequent [...] bekämpft werden.“

Sarge lebt heute in Kagel-Finkenstein (Brandenburg). Als Jurist ist er nicht

mehr tätig. Im Juli 2012 erschien ein Artikel in der Märkischen Oderzeitung über seine diamantene Hochzeit. Darin war zu lesen, daß er seine Frau pflegt, seit sie vor zehn Jahren einen Schlaganfall erlitt. Dafür ist Sarge Hochachtung zu zollen. Das Paar hat zwei Söhne, drei Enkelöhne und eine Urenkelin. Für sie mag dieses Buch geschrieben sein. Als rechtshistorisches Dokument ist es leider zu schwach, in Teilen einseitig und zu egozentrisch verfasst. Die FAZ bezeichnete Sarges Sprache als „ungelenk“. Eine wirkliche Auseinandersetzung mit den Schwächen und Stärken der Justiz in der DDR fehlt. Vielleicht hängt das auch mit Sarges Antrieb zusammen: „Als mir jemand später die Frage stellte, warum ich Jurist geworden sei, antwortete ich wahrheitsgemäß: aus Opportunismus.“

Jochen Zenthöfer

Leistner, Christin: Gerd Poppe. Ein unangepasstes Leben in der DDR. Stuttgart: ibidem-Verlag 2013, 210 Seiten, 29,90 €.

Eine Biographie über Gerd Poppe. Das klingt für den Eingeweihten komplex und vielschichtig – War er doch tatsächlich einer der ältesten und erfahrensten Oppositionellen im Ost-Berlin der achtziger Jahre und gut vernetzt. Diesem Umstand wird der methodische Ansatz der jungen Autorin jedoch nicht gerecht. Die Einleitung verweist auf eine Teil-Biographie (die Darstellung endet mit dem Ende der DDR), die Autorin selbst gibt als Primärquellen fünf Interviews mit Poppe selbst sowie vier Weggefährten an. Der Forschungsstand zur DDR-Opposition, der Initiative für Frieden und Menschenrechte (IFM) und Gerd Poppe selbst ist ihr nicht vertraut. Auf Aktenstudium, vor allem Stasiakten, verzichtet sie vollständig. Eine schwierige Ausgangslage, wenn man Neues niederschreiben will.

Die Autorin grenzt ihre Biographie von den vorliegenden Autobiographien verschiedener Oppositioneller ab und wirft

diesen überwiegend Distanzlosigkeit vor. Distanzlosigkeit gegenüber der Biographie Gerd Poppes wie auch übergroße Distanz zum Hintergrund ihres Objektes, der Opposition in der DDR, prägen jedoch vor allem ihr Werk. Dies offenbart bereits die Eingangsfrage bzw. Feststellung, daß es überraschenderweise keine Biographie über Gerd Poppe gibt. Das trifft auf die allermeisten personellen Knoten im oppositionellen Netzwerk der DDR zu – von den einzelnen oppositionellen Basisgruppen ganz zu schweigen. Neben diesen Fehlannahmen über die Aufarbeitung der Oppositionsgeschichte geht die Autorin außerdem von verschiedenen nicht zutreffenden Annahmen über die DDR bzw. die Oppositionsszene aus. So glaubt sie, daß in der DDR alles staatlich geregelt war.

Fehlannahmen werden auch in ihren willkürlich eingeworfenen Bemerkungen über die Rolle der Kirchen für die Opposition deutlich. Nach Auffassung der Autorin existierte eine innerkirchliche „Menschenrechtsdebatte, die jedoch durch die Kirchenleitungen sowie die SED und das MfS klein gehalten wurde.“ (S. 145) Zweifellos spiegelt sich in derlei gleichschaltenden Feststellungen die überwiegend kirchenkritische Haltung ihrer Interviewpartner, keineswegs aber der Forschungsstand wider. Sätze wie „Für Gerd Poppe hingegen war das Debattieren mit SEDlern indiskutabel“ (S. 126) legen außerdem fälschlicherweise nahe, daß er beispielsweise nicht mit den SED-Mitgliedern innerhalb der Opposition redete oder die IFM-Eingabe an den XI. Parteitag der SED im April 1986 nicht unterstützte. Zu diesen Schwächen kommt mangelnde Stringenz. Stellt die Autorin auf Seite 144 fest „Neben den kirchlichen Friedensgruppen existierten aber erstmalig auch kirchenunabhängige Gruppen, wie beispielsweise die ‚Jenaer Friedensgemeinschaft‘ (1983) und die ‚Frauen für den Frieden‘ (1982)“, urteilt sie auf Seite 167 über die 1985 gegründete IFM: „Sie war die erste kirchenunab-

hängige Oppositionsgruppe in der DDR.“ Da ist es nur konsequent, daß sie die Initiative für Frieden und Menschenrechte, ohne dies näher zu begründen, zur wichtigsten Menschenrechtsgruppe der DDR erklärt. Warum sie die IFM trotz ihrer enorm hohen IM-Dichte ausschließlich an ihren „sauberen“ Mitgliedern mißt, die Kirchenleitungen beispielsweise aber überwiegend an ihren staatsnahen Vertretern, bleibt unreflektiert.

Für den an DDR-Oppositionsgeschichte interessierten Leser bietet das Buch wenig Neues. Immerhin, die Autorin beschreibt Poppes Leben auch vor Mitte der siebziger Jahre. Dort setzten bis dahin die meisten ausführlichen Darstellungen Poppes ein. Die Episode über Poppes Jugend-Freundschaft mit dem Dichter Kurt Barthel war so noch nicht bekannt. Gelegentlich wirft die Autorin interessante Fragen wie die nach der Zugehörigkeit von „Oppositions-Kindern“ zu Pionieren oder FDJ auf, geht auf sie aber nicht weiter ein. Vollkommen abwegig erscheint die rhetorische Frage, warum Gerd Poppe nie verhaftet wurde. Dies trifft auf eine Mehrheit des harten Kerns der Oppositionellen der achtziger Jahre zu. Peinlich, vor allem aber überflüssig mutet die Erklärung für Poppes FDJ- oder FDGB-Mitgliedschaft an. Genauso klingen Erklärungen von ostdeutschen Politikern im Jahr 2013, die nicht wie er auf eine lange Oppositions-Karriere zurückblicken können. Es folgen die Sätze „Darüber hinaus passte er sich im Kleinen natürlich zwangsläufig an gewisse Abläufe, sei es in der Schule, im Studium oder im Beruf, an. Zweifelsohne überwog allerdings die Zahl der Situationen, in denen er sich nicht anpasste.“ (S. 184 f.) Das klingt stark, stimmt aber wegen seines kleinlichen Anpassungsbegriffs traurig.

Vorliegende Biographie beschreibt nicht, wie behauptet, wie ein Mensch in der DDR zur Oppositionshaltung fand bzw. sich in der Opposition vernetzte. In der Einleitung aufgeworfene Fragen wie „Wie formierten sich kritische Netzwerke

innerhalb der DDR-Diktatur?“ bleiben unbeantwortet. Stattdessen findet der Leser seitenlange Einführungen in bestimmte Epochen oder Ereignisse der DDR, die in einer Biographie so nichts zu suchen haben. Wer aber wie die Autorin noch am Anfang der Beschäftigung mit der DDR bzw. Opposition der DDR steht, wird diesem Buch einiges abgewinnen können. Ein Forschungsfortschritt ist es nicht.

Christoph Wunnicke

Reuth, Ralf Georg/Lachmann, Günther: Das erste Leben der Angela M. München: Piper Verlag GmbH 2013, 336 Seiten, 19,99 €.

Wenn im Wahljahr 2013 eine kritische Biographie der regierenden konservativen Kanzlerin aus der Feder von Journalisten des Axel Springer Verlages vorgestellt wird, ist dies beachtlich. Zufall oder nicht, erschien sie genau zwei Tage, nachdem die Biographierte unter großem Medieninteresse ihren Lieblings-DDR-Film in einem Kino vorstellte. Prompt geriet die Biographie zur Nebensache, und der Auftritt der Kanzlerin überspielte das möglicherweise biographisch Heikle. So viel Raffinesse läßt vorliegendes Werk vermissen.

Die Autoren Ralf Georg Reuth und Günther Lachmann sind westdeutscher Herkunft und Journalisten. Das haben sie mit den meisten übrigen Merkel-Biographen gemein. Sie wollen die Kanzlerin biographisch zur Strecke bringen. Deshalb spitzen sie ihre überwiegend bekannten Argumente an und dramatisieren die wenigen neuen Fakten. Man vermißt den gepflegten Antikommunismus eines Springer-Journalisten wie Uwe Müller, der mit präziser Recherche keinen „Ehemaligen“ davonkommen lassen will, egal welcher Partei er heute angehört. Immerhin hat Müller dieser Biographie zugearbeitet.

Wie alle Biographen der Kanzlerin haben auch Reuth und Lachmann ungleich mehr

heikle Informationen über Merkels Vater Horst Kasner als über diese selbst. Es ist erstaunlich, daß noch niemand auf die Idee kam, Merkels Vater und seinen kirchenpolitischen Verbündeten in den sechziger und frühen siebziger Jahren eine Kollektiv-Biographie zu widmen. Stattdessen werden die immer wieder neu zitierten Fakten seiner ältesten Tochter (implizit) zur Last gelegt. Daß er in den fünfziger Jahren, nach einem Theologiestudium in der Bundesrepublik, in die DDR zurückkam, um hier zuerst in der Prignitz zu arbeiten und auch oppositionell zu wirken, wird nur kurz erwähnt. Stattdessen wird seine bald einsetzende Nähe zum staatsnahen Bischof Albrecht Schönherr ausführlich beschrieben. Bereits der Fakt, daß er mit anderen Theologen und Kirchenmitarbeitern nach dem Mauerbau mit einer persönlich überbrachten kollektiven Beschwerde beim Rat des Kreises erschien, ist den Autoren nicht bekannt oder wird unterschlagen. Wenig differenziert stellen die Autoren Kasners Wirken im Weißenseer Arbeitskreis wie auch der Christlichen Friedenskonferenz dar. Sind beide Organisationen bisher auch nicht historisch aufgearbeitet, entschuldigt dies nicht einseitige Fehlinterpretationen. Gar nicht entschuldigt werden kann die falsche Behauptung der Autoren, daß Merkels Vater nach dem Einmarsch der sowjetischen Truppen in die ČSSR im Sommer 1968 den Brief der Kirchenleitung an die tschechischen Kirchen nicht öffentlich verlesen hätte. Spätestens hier erscheint das Sachverständnis und die Genauigkeit der Autoren fragwürdig. Überhaupt hätte das Buch ein besseres Lektorat verdient. Sätze wie „In den kirchlichen Friedensgruppen, die in engem Kontakt zur westdeutschen Friedensbewegung standen, wurde die Rüstungsdebatte von der FDJ allerdings auch propagandistisch für die politischen Interessen der SED instrumentalisiert“ (S. 129), erschließen sich auch nach mehrmaligem Lesen nicht.

Mit ihrer gelegentlich unangenehm anmutenden Reduzierung der jugendlichen Merkel auf ihr FDJ-Blauhemd zeigen die Autoren implizit immerhin auf, wie viel Interpretationsbreite konservativen westdeutschen Betrachtern einer DDR-Biographie möglich ist. Schrieb ihr westdeutscher Kollege Wolfgang Stock in seiner als Biographie getarnten Merkel-Hagiographie doch einst: „Aus der Einstellung, etwas für den Menschen tun zu wollen“, kann man ihre aktive FDJ-Arbeit erklären.“ (Stock, Wolfgang: Angela Merkel. Eine politische Biografie. München 2005, S. 52).

Reuth und Lachmann wählen ein vollkommen anderes Paradigma. Sie kontrastieren den Werdegang der jungen Merkel mit dem ihres Jugendfreundes Matthias Rau, dem Sohn eines Templiner Kollegen ihres Vaters. Raus sich sukzessiv entwickelnde oppositionelle Haltung gegenüber der DDR und ihren Organisationen verdient Respekt. Das bedeutet aber nicht, daß man Merkels moderate Anpassungsbereitschaft deshalb unmittelbar in Kommunismus-Freudigkeit umdeuten muß. Um dieses Bild aber ungetrübt aufzeigen zu können, unterschlagen die Autoren beispielsweise den Vater von Rau, der wie Merkels Vater Mitglied des Weißenseer Arbeitskreises war und dort ähnlich wie dieser mit sozialistischer Propaganda auffiel. Merkel wird ihr Vater zur Last gelegt, ihrem Quasi-Opponenten nicht. Daß Rau einst in Templin mit ihrem Vater kritisch diskutierte, während Merkel sich, so die Autoren, zurückhielt und lieber im Blauhemd herumlief (S. 49), werfen ihr die Autoren genauso vor wie die Mitgliedschaft und das Engagement im FDGB. Was die Autoren vor lauter vermeintlichem Fündigwerden übersehen, ist, daß Merkel offensichtlich keiner anderen Massenorganisation als den quasi obligaten angehörte. Engagement in einer nicht-obligaten Massenorganisation bzw. freiwillig und öffentlich formulierte prosozialistische

Propaganda aus Merkels Mund sind nicht überliefert. Dies unterscheidet sie grundlegend von einigen „Oppositionellen“ und den Blockparteiellen der ehemaligen DDR, die in der Friedlichen Revolution aus der zweiten in die erste Reihe rückten und dort bis heute in führenden Positionen die Demokratie gestalten. Wenn Uwe Müller einst Stanislaw Tillich Unterschlagungen bezüglich seiner biographischen Selbstdarstellungen nachweisen konnte, gelingt dies den Autoren in bezug auf Merkel nicht. Weniger, weil diese beim Unterschlagen von belastenden Fakten geschickter vorgegangen wäre oder bisher noch niemand die entscheidende Akte gefunden hätte. Es ist davon auszugehen, daß es keine Unterschlagungen und Akten gibt. Während Stanislaw Tillich sich nämlich für eine politische Karriere in der DDR entschieden hat, ist dies bei Angela Merkel erst für die Wendezeit und überdies in einer unbescholtenen Organisation nachweisbar. Natürlich ist es von Interesse, wann genau Angela Merkel zum Demokratischen Aufbruch stieß. Es ist aber ideologisch vollkommen belanglos, ob sie dies im Oktober oder Dezember 1989 tat. Jede Oppositionsgruppe bzw. irgendeiner ihrer Vertreter unterschrieb bis zum Mauerfall Papiere, die sich einer sozialistischen Perspektive der DDR im weitesten Sinne verpflichteten. Nach dem Mauerfall war dies nur noch denen wichtig, die wirklich den Sozialismus in irgendeiner Form weiterentwickeln wollten.

Merkels anschließend einsetzende Arbeit für die Allianz für Deutschland bzw. die CDU der DDR und die von ihr getragene Regierung stellen die Autoren im Sinne der bereits im Jahr 1992 von Reuth und Andreas Bönnte in ihrem Buch „Das Komplott“ aufgestellten Behauptungen einer Steuerung durch den KGB dar. Auch hier lassen die Autoren Detailwissen vermissen. Es ist beispielsweise nicht vorstellbar, daß CDU-Funktionär Wolfgang Heyl, wie von den Autoren

behauptet, Lothar de Maizière im November 1989 nicht kannte.

Es ist ärgerlich, wenn durch viele Zeilen die Auffassung der Autoren durchscheint, daß das Leben in der DDR, vor allem das der Kanzlerin, von Opportunität gegenüber einer Diktatur geprägt war, während man hingegen im Westen vor allem aus tiefen Einsichten heraus sein Leben gestaltete. In der Diktatur wurde man ständig dazu gedrängt, sich politisch zu positionieren. Deshalb durch Zwang, Opportunität und auch Überzeugung formulierte Texte bzw. Mitgliedschaften implizit gegen eine freie Lebensentfaltung in der Demokratie zu rechnen, ist in fast jedem Fall so wenig aufschlußreich wie fair. Dabei den Umweg über den Vater zu nehmen, wirkt fadenscheinig. Der Kausalnexus, aus dem „roten Kasner“ muß unbedingt eine „rote Kanzlerin“ werden die Teile ihrer Biographie unterschlägt, wird auch durch Reuths und Lachmanns Buch nicht schlüssiger und schon gar nicht belegt.

Christoph Wunnicke